

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expdition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Exporteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 8.10,
pro Woche 25 Pf.
Abrechnungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühren
Beträgt für die fünfgeheftene
Petitseite oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expdition abgegeben werden.

Nr. 52.

Breslau, Freitag den 1. März 1895.

VI. Jahrgang.

Reactionäre Hochverräter.

Ein inactiver General, der in seinen politischen „Anschauungen“ zu den — Nationalliberalen neigen, hat kürzlich ein Buch erscheinen lassen, dessen wir schon kurz erwähnten und dessen Tendenz auf nichts weniger als auf einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung geht — ganz offen ausgesprochen — freilich auf einen Umsturz dieser Staatsordnung nicht zu Gunsten irgend welcher Bestrebungen, sondern zu Gunsten der finsternen Reaction, wie sie nur Platz haben kann im Kopf und Herzen eines brutalen Soldaten und hochmüthigen Junkers. Der „Vorwärt“ brachte vor einigen Tagen unter der Ueberschrift: „Pratorianer“ eine treffliche Würdigung dieser neuesten Welterzeugung der Pläne und Wünsche gewisser Gruppen „staatszerstörer“ Elemente und wir entnehmen dem Artikel folgende sehr bemerkenswerthe Ausführungen:

Generallieutenant von Boguslawski hat ein Buch erscheinen lassen, „Vollkampf — nicht Scheinkampf“ betitelt. Der Verfasser geht von der Gefahr aus, die die Socialdemokratie für die bestehende Gesellschaft, für die Aristokratie, für die nach Herrn von Boguslawski so nöthige soziale Ungleichheit der Menschen, für „Ordnung, Religion und Sittlichkeit“ böte. Er sieht, wie die Volksmassen dem Socialismus entgegenströmen, wie die Partei ohne Unterbrechung an Einfluß und geistiger Macht gewinnt. So existirt in Berlin eine Regierung, welcher freiwillig besser gehorcht wird, als der Polizei.“ — Die socialdemokratische Zeitung stellt „Ordnung“ auf bei öffentlichen Feierlichkeiten. Dieselben tragen die rothen Schleifen. Ihnen wird pünktlich gehorcht. So stellt sich die socialdemokratische Autorität dem Volke schon leibhaftig in ihren Organen, mit ihren Farben gekleidet, vor Augen. Weiß man denn nicht, welchen Eindruck das auf die Massen macht? Hat man nicht gelernt aus der Geschichte der Revolutionen, daß gerade durch solche Einzelheiten am mächtigsten auf das Volk gewirkt, daß dadurch der Ausbruch einer Revolution beschleunigt, manches Mal direct herbeigeführt worden ist?

Und die Partei ist nicht nur einflußreich, sie ist auch machtvoll organisiert. „Die Bekämpfer des Militarismus haben sich keine Organisation, und die Hasser und Verächter des Preukenthums die preukische Dis-

plin zum Muster genommen. — Das socialdemokratische Amtsblatt veröffentlicht die Befehle der Centralleitung, und die Organe in den Provinzen gehorchen. Keine Partei hat eine solche Menge von Hilfsorganen bei den Wahlen zur Verfügung wie die socialistische. Keine bringt ihre Wähler annähernd so vollzählig zur Stelle wie sie. — Die socialistischen Gesang- und Turnvereine tragen viel zur Stärkung und Befestigung der Organisation bei. Es wird nicht lange dauern, und socialdemokratische Schießvereine werden sich mehrfach aushun.“

Da gilt es denn nicht mehr zusehen und geschehen lassen, da gilt es zu handeln, da kann „nur die That helfen!“ Und wie soll nun die That aussehen? Wie gesagt, „vor allen Dingen keine Nadelstiche, sondern Keulenschläge“; aber zuerst will er es doch mit milden Keulenschlägen versuchen, der Herr General, nämlich mit gesetzlichen Mitteln. Also: Verbot aller socialdemokratischen Schriften, Zeitungen und Vereine; Verbot der rothen Fahne und anderer revolutionärer Abzeichen auch in geschlossenen Räumen; Einführung der Strafe der Verbannung und Expatrirung der Nadelstichführer bei socialdemokratischen Umtrieben; Einführung der Deportation (in die Colonien) nach Ermessen des Richters; die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts wäre das absolut Richtige, jedenfalls auf alle Fälle Aufhebung der geheimen Wahl; um die Beschlüsse des Reichstages zu corrigiren: Einführung eines über dem Reichstage stehenden Oberhauses mit weitgehenden Rechten.

Wenn aber solche Kampfmittel nicht beliebt werden sollten, und wenn der Reichstag alles derartige ablehnte: nun, dann kommen einfach die ungesetzlichen Mittel an die Reihe; dann natürlich einen frischen, fröhlichen Staatsstreich! Wozu hätten wir denn eine Reichsverfassung, wenn sie von den Machthabern nicht sollte gebrochen werden können? „Wer den öffentlichen Rechtszustand aus dringender Veranlassung zu ändern unternimmt, thut dies auf seine eigene Verantwortung hin, mit Daransetzung von Leib und Leben, und stellt sich außerdem vor den Richterstuhl der Geschichte.“ — Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist ein Staatsstreich ebensowenig gerechtfertigt, wie eine Revolution. Er kann aber ebensogut das Kennzeichen innerer Berechtigung an sich tragen wie diese, denn wenn man vom ethischen Standpunkt aus eine Revolution nicht mißbilligt, die sich gegen eine in Wahrheit unerträglich

Tyrannie richtet, so wird man gerechter Weise auch einen Staatsstreich nicht verurtheilen können, der sich gegen eine demagogische Herrschaft wendet, oder mit der Ueberzeugung unternommen wird, einer solchen vorbeugen zu müssen.“

Wenn der Reichstag durchaus nicht anders will, nun, dann hat eben — nach dem Wunsche der Herrn von Boguslawski — der Kaiser persönlich hervorzutreten und hat die Socialdemokratie zu vernichten. Das Militär stände ihm dabei, wie der General versichert, zur Verfügung. Denn: „Noch steht der Gigant, unser Heer, noch blinkt sein Schild unentweicht. Noch können wir handeln!“

Die Schrift dieses Generals ist nicht mit einem Lächeln, nicht mit einem Achselzucken abzuthun; sie gehört nur zum Theil zu dem Blödsinn, der in der politischen Broschürenliteratur so üppig wuchert. Zum anderen Theil ist sie ein ernstes Zeichen der Zeit. Man sieht aus ihr, von welchen Gedanken unsere Aristokratie, unser Offiziercorps erfüllt ist. Denn ohne die ideale Zustimmung zum mindesten eines großen Theils seiner Standesgenossen sagt ein Mann wie Boguslawski solche Dinge nicht. — Wer denkt dabei nicht an die Pratorianer der römischen Kaiserzeit!

Die Pratorianer waren die Garben der römischen Kaiser und ihre Macht war es, die einer Reihe von Galunken auf dem Kaiserthron erlaubte, das römische Volk ungestraft quälen, martern und ausplündern zu dürfen. Auf ihre Macht gestützt, konnten kaiserliche Bluthunde, wie Tiberius, Caligula, Claudius, Nero, Domitian Hunderttausende unschuldiger Menschen, alle die diesen Machthabern mißlieblich waren, erwürgen lassen. Alle Schamlosigkeit, allen Diebstahl, alles Morden, alle Grausamkeiten der römischen Kaiser und ihrer Diener konnte das römische Volk nicht abwehren, weil die römischen Kaiser jederzeit die Pratorianer gegen das Volk ausspielen konnten, die Pratorianer von all diesen römischen Tyrannen besonders gepflegt und gehätschelt wurden, die hohen Sold erhielten und den übrigen Bürgern gegenüber eine bevorzugte Stellung einnahmen.

Zu einer die den Pratorianern ähnlichen Stellung wüßte Herr von Boguslawski auch das deutsche Heer degradiren, indem er im Heer den Gedanken zu verbreiten sucht, eventuell auch zu ungesetzlichen Actionen benutzt zu werden. Und dem deutschen Kaiser muthet er zu, er solle seine Gewalt mißbrauchen soll die Ver-

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.
(Nachdruck verboten.)

Das wäre das einzige Mittel, die Regierung zur Verfolgung der Verbrecher zu zwingen.

Da Andree bei einigen Zeitungen Freunde hatte, so wurde er beauftragt, sie anzusuchen und zu bewegen, daß sie der Rogge die Schelle anhängen sollten. Er ging auch hin, um ihnen die ganze Angelegenheit auseinanderzusetzen und sie um ihre Meinung zu bitten. Der eine untertraf ihn schon bei den ersten Worten: er wäre der politische Redacteur seiner Zeitung, aber der finanzielle Theil wäre an ein Syndicat von Bankiers verpackt, von denen mehrere zu compromittirten Persönlichkeiten gehörten. Wie könnte man diese Leute in einem Blatte angreifen, das ihnen zur Hälfte gehörte?

Ein anderer, der einfacher Redacteur bei einem parteiischen Blatte war, hörte mit Interesse Andree's Bericht über die Thatsachen; als Kenner solcher Verhältnisse war er wohl im Stande, das Verfahren, das hier angewendet worden war, um den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, richtig zu lagiren.

„Ein gr. hartiger Schurkenstreich“, sagte er, „und wohlhabt raffiniert ausgeführt!“
Er schien bereit, die Sache der Deffentlichkeit zu übergeben; aber als er dann unter den Namen der

Angeschuldigten auch diejenigen von Finanzgrößen aller Parteien, von Marquis, Senatoren und schließlich auch den Namen des Barons v. Türkheim erfuhr, wurde seine Haltung sofort kühl abweisend, er schüttelte den Kopf und schien mit einem Male wenig geneigt, die Sache in Angriff zu nehmen.

„Aber wenn ich den Artikel verfaßte und mit meinem Namen unterzeichnete?“ sagte Andree.

„Nützt nichts“, antwortete der andere. „Er könnte doch nicht aufgenommen werden.“ Und als Andree sich darüber wunderte, fuhr er fort:

„Wie, glauben Sie denn wirklich, daß wir die Freiheit haben, zu veröffentlichen, was wir wollen? Blauer Dreck ist alles, was man heute von der Freiheit der Presse faßelt. Wir haben nur die Knechtschaft gewechselt, das ist alles. Von der Regierung, von der Polizei haben wir uns allerdings fast ganz emancipirt, aber gegenwärtig sind wir Sklaven des Geldes. Wir sind nichts anderes, wie Arbeiter, die unter einem Patron stehen, von dem ihre Existenz abhängt. Wer hindert ihn denn, uns auf's Pfaster zu werfen, wenn wir uns erlauben, anders zu denken, als er? Wer uns bezahlt, ist unser Herr. Man läßt uns alles Mögliche über Politik zusammenschreiben, für oder gegen ein Ministerium kämpfen, es sieht so aus, als könnten wir in diesen Fällen schreiben, was uns richtig scheint; aber in Wirklichkeit befinden wir uns immer an der Kette der Geldleute. Fällt es uns einmal ein, unsere eigene Meinung in einer Frage zu haben, bei der das Interesse eines mächtigen Herrn

von Geldsack Gnaden theilhaftig ist, sofort zieht er den Strick an. Gewiß, wir haben die Freiheit, entweder still zu schweigen oder unserer Wege zu gehen. Sie sehen nun, mein verehrter Herr, die Geldleute können Royalisten oder Republikaner, Opportunisten oder Radikale sein, aber in einem Punkt stimmen sie alle überein: man darf beileibe nicht ihr Geld anrühren.“

„Und doch“, sagte Andree, „habe ich in den Zeitungen oft Angriffe auf Finanzmänner gelesen.“

„Gewiß“, erwiderte der andere, „wenn zwischen zwei Parteien, z. B. zwischen dem jüdischen und katholischen Capital ein Streit ausgebrochen war. Aber sobald Angriffe von außen kommen, sind ihre Interessen solidarisch. Wenn man da auf einen von ihnen losschlägt, heulen die andern sofort mit. Und aus diesem Grunde kann Ihr Artikel bei uns nicht erscheinen; höchstens könnte er in irgend einem Käseblatt Aufnahme finden, das kein Mensch liest oder in einer unfindbaren Zeitung, die eine eigene Meinung und Principien vertritt und nicht einen Geldsack.“

Andree protestirte dagegen. Trotz seiner persönlichen Erfahrungen glaubte er noch immer, daß die Presse die Rächerin der Leiden der Bedrängten sei. Er wollte nun noch einen Versuch machen. Er verfaßte einen kurzen Artikel, der die Beschwerden der Reactionäre enthielt und trug ihn von einer Redaction zur anderen. Hier bat man ihn, sein Manuscript da zu lassen, und wenn er wieder anfragte, war der Director stets ausgegangen. Dort wies man ihn kurz aber köstlich ab, indem man ihn darauf aufmerksam machte, daß man

Christonia, 27. Februar. Im Ministerrathe forderte der König das Ministerium vergeblich zur Annahme der Demission auf. Der König besah den Führer der gemäßigten Linken, Sverdrup, und beauftragte denselben, mit der Cabinetsbildung: Sverdrup lehnte jedoch ab.

Capstadt, 26. Februar. Eine Depesche aus Pretoria berichtet, der König der Swazis kaufe Gewehre und Munition und bestimme seine Positionen. Die Eingeborenen seien entschlossen, Transvaal zu betreten. Der Repräsentant der Transvaalrepublik im Swaziland, Krugh, melde hingegen, daß dort alles ruhig sei.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 26. Februar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Seifensieder Max Sauer, kuth., Hinterhäuser 11, und Maria Leuber, kuth., Albrechtsstr. 45. — Kutscher Gustav Barisch, ev., Andersjohustraße 4, und Emilie Keil, ev., Andersjohustr. 3. — Schneider Paul Scholz, kuth., Kupferschmiedestr. 49, und Emma Piluska, kuth., Heinrichstr. 8. — Schiffer Josef Palm, kuth., Gellhornstraße 39, und Selma Pfeiffer, kuth., Hinterhäuser 17. — II. Kaufmann Julius Dackler, jüd., Berlin, und Clara Fiedel, jüd., Gartenstr. 15. — Klempner Robert Beer, ev., Dirschstraße 25, und Pauline Hainke, ev., Laurentienstraße 3. — Bahnarbeiter August Diering, evang., Klosterstraße 19, und Caroline Weimann, ev., Königgräberstr. 21. — Schlossermeister Alfred Geilich, kuth., Bohrauerstr. 19, und Anna Jüttner, kuth., Chlauerstadtgraben 29. — Betriebs-Secretär Emanuel Herde, kuth., Bräuerstr. 15, und Elisabeth Seidel, kuth., Grünstraße 11a.

Eheschließungen. I. Fleischerwerkführer Wilhelm Korb, ev., Waldenburg, mit Clara Schaw, ev., hier. — Schneider Carl Hombel, kuth., mit Franziska Wandersla, kuth., hier. — Fleischer Otto Weiß, kuth., mit Bertha Starowke, geb. Hein, ev., hier. — II. Zimmermann Carl Feist, kuth., mit Hedwig Paschke, kuth., hier. — Schmiedemeister Albert Fiedel, evang., mit Alexantine Hövel, kuth., hier. — Schlosser Ernst Reinsch, evang., mit Boleska Bujara, kuth., hier. — Schutzmann Carl Schubert, kuth., mit Caroline Hochtrauer, ev., hier. — Kaufmann Adolf Wölter, ev., mit Margarethe Ansis, ev., hier. — III. Landwirt Hermann Ditz, ev., Ober-Mois, mit Franziska Haniel, kuth., hier. — Schneider Valentin Przojowski, kuth., mit Marianna Brückner, kuth., hier. — Rechnungsführer Arthur Kretschmer, kuth., mit Martha Düb, ev., hier.

Geburten. II. Schmied Max Malske, ev., S. — Schöpfer Max Opitz, ev., I. — Klempner Friedrich Schulz, evang., S. — Kesselschmied Friedrich Herrmann, ev., S. — Restaurateur Carl Scholtz, evang., I. — Restaurateur Ernst Schmidtner, ev., S. — Schuhmachermeister Johann Gartner, kuth., I. — Arbeiter Bruno Brendel, kuth., I.

Todesfälle. I. Zimmermeisters-Witwe Charlotte Brikel, geb. Schlawa, 71 J., — Maria, I. des Amireichers Franz Hutzelmann, 1 J., 5 Mon. — Kaufmanns-Witwe Friederike Zmeig, geb. Zuckmann, 66 J., — Richard, S. des

Sergeanten und Hautboisten Richard Schraf, 8 Wochen. — Arbeiter-Witwe Caroline Duchale, geborene Hoppe, 68 J. — Handelsmann Oscar Zeidler, 36 J. — III. Regierungsrath Heinrich Köhler, aus Waldenburg, 36 J. — Schlosserlehrling Hermann Deutsch, 17 J. — Intendantur-Registrator Adolf Brunske, 52 J. — Auszügler Paul Beninde aus Jottwitz, Kreis Ohlau, 82 J. — Wilhelm, S. des Drechslers Friedrich Sommer, 2 J. — Grifa, I. des Ober-Postdirections-Bureau-Assistenten Albert Schaffara, 2 M. — Hermann, S. des Monteurs Carl Wallert, 2 M. — Pachtlofs-Inspectorwitwe Friederike Mauer, geb. Hoffmann, 82 J. — Straßenbahn-Conducteursfrau Maria Hampel, geb. Falkenhain, 42 J. — Schneidermeisters-Witwe Magdalene Philipp, geb. Hoffmann, verm. gem. Galinski, 77 J. — Elisabeth, I. des Arbeiters Johann Adler, 6 J. — Gertrud, I. des Comptoiristen Carl Riedel, 8 J. — Volksschullehrersfrau Hildegard Borhammer, geb. Stard, 42 J. — Haushälterin Marie Alose, geb. Hloß, 74 J. — Müller Carl Kretschmer, 66 J. — Müller Eduard Hartig, aus Schönfeld, Kreis Schweidnitz, 24 J. — Fritz und Jda, Kinder des Arbeiters Gottlieb Reich, 4 resp. 3 J. — Colporteurwitwe Hospitalistin Christiane Eisenblätter, geb. Dudale, 76 J. — Früherer Kutscher Carl Junke, 76 J. — Robert, S. des Maurers Robert Bamled, 26 J. — Clara, I. des Schlossers Wilhelm Proß, 1 M. — Frieda, I. des Kaufmanns Reinhold Wälder, 5 M. — Walter, S. des Gepäckträgers Paul Feikert, 5 M. — Gertrud, I. des Gefangenen-Aufsehers Hermann Fiedig, aus Teis, 10 M. — Cigarrenarbeiter Hermann Gottschlich, 42 J. — Arbeiter Julius Hentschel, aus Scheidebnitz, Kreis Brieg, 50 J. — Alfred, S. des Schriftsetzers Josef Gracie, 4 J. — Händlers-Witwe Christiane Gödrig, geb. Ludwig, 4 J. — Alfred, S. des Gasanhalts-Arbeiters Ernst Seidel, 7 Wochen.

Vom 27. Februar.

Geburten. I. Kaufmann Max Rosenbaum, jüd., I. — Feldwebel Franz Hartkopf, ev., I. — Fleischer Augustin Thomas, kuth., S. — Schlosser Carl Hefer, evang., S. — Arbeiter Eduard Winkler, ev., S. — Fleischer Julius Rother, ev., S. — Arbeiter Johann Sedlaczek, kuth., I. — Schuhmachermeister Franz Gdert, kuth., I. — Praktischer Arzt Dr. med. Josef Franz, kuth., I. — II. Arbeiter Ernst Vandskron, ev., S. — Buchdruckereiarbeiter Oscar Bender, ev., I. — Amireicher Franz Brenzel, kuth., S. — Kesselschmied Anton Paschke, kuth., I. — Schlosser Wilhelm Lehmann, ev., I. — Schlosser Alfred Acker, kuth., S. — Arbeiter Wilhelm Weigelt, ev., I. — Fabrikarbeiter Franz Paschke, kuth., S. — Bandbeamter Curt Rüdiger, ev., I. — Schlosser Paul Richter, ev., I. — Schmied Reinhold Sast, kuth., S. — Schneider Johannes Bentsch, kuth., S. — Lehrer Hugo Gahn, ev., I. — Schlosser Gustav Anders, kuth., S. — Buchdrucker Emil Seefeldt, evang., S. — Restaurateur Carl Dams, ev., I. — Maler Josef Pufke, kuth., I. — Brauer Carl Runze, kuth., I. — Schlosser Paul Kühn, ev., I. — III. Drechslers Th. Bieder, ev., I. — Corbmachermeister Hermann Büchsch, kuth., S. — Arbeiter Hugo Gemmer, ev., S. — Cigarrenmacher Carl Schwenner, kuth., I. — Dräger Oscar Reich, kuth.,

S. — Arbeiter Reinhold Albert, ev., S. — Wirthschafts-Inspector Constantin Kamla, kuth., S. — Schneider Eduard Mohr, ev., S. — Tischler Robert Otto, ev., S. — Arbeiter Robert Bente, ev., I. — Korbmacher Richard Hoffmann, ev., I. — Gelbgießer Edmund Schwarz, ev., S. — Gießdrehler Ernst Wiesner, evang., S. — Sattlermeister August Wilke, kuth., I. — Kaufmann Arthur Hentschel, ev., I. — Schuhmacher Bernhard Winter, kuth., I. — Weichensteil Josef Schoeneich, kuth., S. — Zimmermann Paul Romm, evang., S. — Tischler Oscar Hartich, kuth., I. — Schmidt Theodor Thannheiter, kuth., S. — Kaufmann Eduard Golländer, jüd., S. — Postunterbeamter Ferdinand Woide, ev., I.

Im Auslande geboren: Dem Kaufmann Carl Wilhelm Hugo Bobisch zu Santa Fe de Bogota, I.

Todesfälle. I. Paul, S. des Handschuhmachers Carl Otto, 1 J. — I. v. Perm. Kammergerichts-Assessor Wathil Wendland, geb. v. Napolka, 84 J. — Rechtsanwalt und Notar Justizrath Heinrich Stiebler, 57 J. — Schneidersfrau Maria Radek, geb. Werner, 38 J. — Dekanom Ferdinand Garbisch, 64 J. — Penz. Eisenbahnschaffner Leopold Steinberg, 36 J. — Particularer Samuel Neumann, 77 J. — Hedwig, I. des Arbeiters August Gäbler, 4 M. — Margarethe, I. des Zahntechnikers Theodor Jeller, 17 J. — Ehef. des Sattlers Emil Kämpf, 3 M. — Magda, I. des Arbeiters Johann Sedlaczek, 2 J. — Arbeiter Gottlieb Bretschneider, 81 J. — Musikerswitwe Marie Lüddecke, geb. Drecher, 45 J. — Dienstmädchen Auguste Lehnori, 30 J. — Zimmermanns-Witwe Johanna Weber, geb. Gudermuth, 58 J. — II. Maria, S. des Maschinisten Carl Kursawe, 5 St. — Arbeiterin Marie Schölzel, geborene Gruber, 41 J. — Martha Strang, ohne besonderen Stand, 15 J. — Arbeiter Carl Schuber, 35 J. — Oscar, S. des Schlossers Carl Zimmer, 12 J. — Hedwig, I. des Arbeiters Julius Zimmermann, 1 J. — Malersfrau Marie Beder, geb. Rosenbach, 53 J. — Bertha, S. des Arbeiters Carl Schirpke, 8 M. — Erwin, S. des Schlossers Robert Winkler, 3 Monate. — Hilfsbremser Carl Stiller, 55 J. — Arbeiter Ferdinand Kintke, 37 J. — Arbeiter Josef Pohl, 45 J. — Arbeiterfrau Ernestine Wiestle, geb. Seidur, 51 J. — Friedrich, S. des Schlossers Oscar Stenzel, 1 Jahr. — Meta, I. des Drochsenbesizers Max Reichdorf, 3 M. — Farnbesizerswitwe Caroline Walzen, geb. Schreiber, 65 J. — Clara, I. des verstorbenen Musikers Paul Pusch, 1 J. — Curt, S. des Arbeiters Ernst Schneider, 6 M. — Bürtiemachersfrau Anna Rosina Schlehuser, geb. Hof, 72 J. — Theodor, S. des Kaufmanns Willibald Engel, 5 M. — Inwohner Franz Jung, 68 J. — Bäckermeisters Frau Franziska Miß, geb. Schneider, 25 J. — Walter, S. des Bureaugehilfen Ernst Gebel, 10 M. — Diakonissin Auguste Stephan, 28 J. — Näherin Theresie Milenz, 47 J. — III. Korbmachersfrau Louise Hoffmann, geb. Hein, 34 J. — Sattler Reinhold Schorn, 58 J. — Gerichtsdiener Paul Wienen, 40 J. — Hermann, S. des Gasanhalts-Arbeiters Max Wenzel, 15 J. — Militärinvalidenfrau Annelie Neubauer, geb. Wajerschlager, 57 J. — Albert, S. des Arbeiters Carl Reich, 9 M. — Eisendreher August Weiß, 52 J.

Stadt-Theater.

Donnerstag: **Don Juan.**
Freitag: **Carmen.**

Lobe-Theater.

Donnerstag: **Fernand's Ehecontract.**
(Un fil à la patte.)
Freitag: **Fernand's Ehecontract.**

Todes-Anzeige.
Am 26. d. Mis. verschied plötzlich der Tischler und Maschinen-Arbeiter
Bernhard Memmert.
Sein collogialischer Sinn und Ueblicher Charakter sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken.
Seine Collegen aus der Fabrik von Heinrich Hauswald.
Beerdigung: Freitag, den 1. März, Nachmittag 3 Uhr, vor der Leichenhalle in Oswitz.

Für Vereine!
Artikel, wie: **Banquets**, Duzend von 50 Pf. an,
Orden, Duzend von 20 Pf. an, **Anstedtosen**,
Duzend von 10 Pf. an, 3529
Einladungskarten pro Hundert von 1 Mk. an,
sowie sämtliche Druckfachen in eigener Druckerei schnell und billig.
Postappen-Fabrik.
A. Wollmann, Breslau, Nicolaisstr. 16.

Victoria-Theater des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.
(Ein romanischer Garten.)
Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Goldberg i. Schl.

Samstags, den 2. März
Abends 8 Uhr
über den Gathhof zum
Leitischen Keller eine
öffentliche
Protestversammlung
Tagesordnung: 1. Die neue Tabaksteuerverlage. 2. Diskussion: Forderungen Gen. Bedenken Julius Schubs. Breslau.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Die Commission.

Gesangs-Abtheilung
Jeden Freitag von 8-11 Uhr:
Übungsstunde
im Verein-Saal (Königsstr. 8)
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ob Pflicht.
Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.
Der Obmann.

Thalia-Theater.

Dienstag, den 5. März
Fünfte
Volks-Vorstellung.
„Die Räuber“
Trauerspiel von Friedrich v. Schiller.
Preise der Plätze: I. Rang 50 Pf., Parquet und Balcon 50 Pf., II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.
Der Billet-Verkauf findet täglich bei **A. Vogel**, im Restaurant zum „weißen Hause“, Schmiegedrücke 51, **V. Liepsall**, Nicolaistrasse 63, **A. Bergmann**, Adalbertstrasse 26, **H. Skowronak**, Vinzenzstrasse 5, III und bei **E. Wey**, an den Kasernen 7b, II. und in der Expedition der „Volkswacht“, statt.
Die Commission.

Paul Quitt, Schuhmachermeister.
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3491a
Empfehle mein großes Lager selbstgefertigter, dauerhafter
Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Herren-Gamaschen v. 7,50 Mk., Damen-Gamaschen 5 Mk., Mädchen-Gam. v. 3 Mk., Kinderschuhe, gefüttert v. 50 Pfg. an

Mit dem Aussehen unseres hochfeinen, lichten
Pilsener Bieres
mit vorzüglichem Hopfen-Aroma
haben wir begonnen. 2460
Gleichzeitig empfehlen wir unsere aus feinstem Hopfen und Malz eingebrauten
hellen und dunklen Lagerbiere.
Brauerei Wünsche & Co.
Grüneiche-Breslau.

Polster-Werg,
Kopfbett, Matratzen, Federbetten, Alpenmatten, Segen, Feder, Matrosen, Garn, Bindfäden, Stränge, Seile, Röhren, Hängematten, etc.
Laden empfiehlt billig 3570
Jul. Moritz, Sella-
meister.
44, Kupferschmied-Str. 44.

Guten Mittaglich
zu 40 und 50 Pfg.
in beliebiger Größe bei
Bamberger, Speise- und
Krammarkt, 3 Treppen.
Neue Heringe
Ring 46, im Hofe. 3417

Sumatra 3567
20 Sorten von 1,40 bis 4,- per Pfd.
La La Garnet-Tabak à 1 Pfund 1,15 Mk.
Präpar Cigarette mit Amblatt 0,70 und 0,75 Mk.
Feder-Präpar Cigarette von 1,- bis 1,50 Mk.
Feder-Präpar Amblatt und -Präpar von 1,30 bis 2,40 Mk.
Präpar Cigarette von 0,30 bis 0,50 Mk.
Märker, Domingo, Cuba und Havana billigst.
Johannes Kubis, Gürtel- und
an der Gürtel- und

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Exporteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Insertionsgebühr
beträgt für die fünfgehaltene
Zeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Breslau, Freitag den 1. März 1895.

VI. Jahrgang.

Reactionäre Hochverräter.

Ein inactiver General, der in seinen politischen „Anschauungen“ zu den — Nationalliberalen neigen soll, hat kürzlich ein Buch erscheinen lassen, dessen wir schon kurz erwähnten und dessen Tendency auf nichts weniger als wie auf einen gewaltigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung geht — ganz offen ausgesprochen — freilich auf einen Umsturz dieser Staatsordnung nicht zu Gunsten revolutionärer Bestrebungen, sondern zu Gunsten der finstersten Reaction, wie sie nur Platz haben kann im Kopf und Herzen eines brutalen Soldaten und hochmüthigen Junkers. Der „Vorwärts“ brachte vor einigen Tagen unter der Ueberschrift „Pratorianer“ eine treffliche Würdigung dieser neuesten Ausgeburt der Pläne und Wünsche gewisser Gruppen unserer „staatszerhaltenden“ Elemente und wir entnehmen jenem Artikel folgende sehr bemerkenswerthe Ausführungen:

Generallieutenant von Boguslawski hat ein Buch erscheinen lassen, „Vollkampf — nicht Scheinkampf“ betitelt. Der Verfasser geht von der Gefahr aus, die die Socialdemokratie für die bestehende Gesellschaft, für die Klassenherrschaft, für das Königthum, für die Aristokratie, für die nach Herrin von Boguslawski so nöthige sociale Ungleichheit der Menschen, für „Ordnung, Religion und Sitte“ böte. Er sieht, wie die Volksmassen dem Socialismus entgegenströmen, wie die Partei ohne Unterbrechung an Einfluß und geistiger Macht gewinnt. „Es existirt in Berlin eine Nebenregierung, welcher freiwillig besser gehorcht wird, als der Polizei.“ — Die socialdemokratische Zeitung stellt „Ordnung“ auf bei öffentlichen Feierlichkeiten. Dieselben tragen die roten Schleifen. Ihnen wird pünktlich gehorcht. So stellt sich die socialdemokratische Autorität dem Volke schon leibhaftig in ihren Organen, mit ihren Farben geschmückt, vor Augen. Weiß man denn nicht, welchen Eindruck das auf die Massen macht? Hat man nicht gelernt aus der Geschichte der Revolutionen, daß grade durch solche Einzelheiten am mächtigsten auf das Volk gewirkt, daß dadurch der Ausbruch einer Revolution oft beschleunigt, manches Mal direct herbeigeführt worden ist?

Und die Partei ist nicht nur einflußreich, sie ist auch machtvoll organisiert. „Die Bekämpfer des Militarismus haben sich keine Organisation, und die Hasser und Verächter des Preukenthums die preukische Disci-

plin zum Muster genommen. — Das socialdemokratische Amtsblatt veröffentlicht die Befehle der Centralleitung, und die Organe in den Provinzen gehorchen. Keine Partei hat eine solche Menge von Hilfsorganen bei den Wahlen zur Verfügung wie die socialistische. Keine bringt ihre Wähler annähernd so vollzählig zur Stelle wie sie. — Die socialistischen Gesang- und Turnvereine tragen viel zur Stärkung und Befestigung der Organisation bei. Es wird nicht lange dauern, und socialdemokratische Schießvereine werden sich mehrfach aushun.“

Da gilt es denn nicht mehr zusehen und geschehen lassen, da gilt es zu handeln, da kann „nur die That helfen!“ Und wie soll nun die That aussehen? Wie gesagt, „vor allen Dingen keine Nadelstiche, sondern Klenschläge“; aber zuerst will er es doch mit milden Klenschlägen versuchen, der Herr General, nämlich mit gesetzlichen Mitteln. Also: Verbot aller socialdemokratischen Schriften, Zeitungen und Vereine; Verbot der roten Fahne und anderer revolutionärer Abzeichen auch in geschlossenen Räumen; Einführung der Strafe der Verbannung und Expatrirung der Nadelstichführer bei socialdemokratischen Umtrieben; Einführung der Deportation (in die Colonien) nach Ermessen des Richters; die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts wäre das absolut Nichtigste, jedenfalls auf alle Fälle Aufhebung der geheimen Wahl; um die Beschlüsse des Reichstages zu corrigiren: Einführung eines über dem Reichstage stehenden Oberhauses mit weitgehenden Rechten.

Wenn aber solche Kampfmittel nicht beliebt werden sollten, und wenn der Reichstag alles derartige ablehnte: nun, dann kommen einfach die ungesetzlichen Mittel an die Reihe; dann natürlich einen frischen, fröhlichen Staatsstreich! Wozu hätten wir denn eine Reichsverfassung, wenn sie von den Machthabern nicht sollte gebrochen werden können? „Wer den öffentlichen Rechtszustand aus dringender Veranlassung zu ändern unternimmt, thut dies auf seine eigene Verantwortung hin, mit Daransetzung von Leib und Leben, und stellt sich außerdem vor den Richterstuhl der Geschichte.“ — Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist ein Staatsstreich ebensowenig gerechtfertigt, wie eine Revolution. Er kann aber ebensogut das Kennzeichen innerer Berechtigung an sich tragen wie diese, denn wenn man vom ethischen Standpunkt aus eine Revolution nicht mißbilligt, die sich gegen eine in Wahrheit unerträglich

Tyrannie richtet, so wird man gerechter Weise auch einen Staatsstreich nicht verurtheilen können, der sich gegen eine demagogische Herrschaft wendet, oder mit der Ueberzeugung unternommen wird, einer solchen vorbeugen zu müssen.“

Wenn der Reichstag durchaus nicht anders will, nun, dann hat eben — nach dem Wunsche der Herrn von Boguslawski — der Kaiser persönlich hervorzutreten und hat die Socialdemokratie zu vernichten. Das Militär stände ihm dabei, wie der General versichert, zur Verfügung. Denn: „Noch steht der Gigant, unser Heer, noch blinkt sein Schild unentwehrt. Noch können wir handeln!“

Die Schrift dieses Generals ist nicht mit einem Lächeln, nicht mit einem Achselzucken abzuthun; sie gehört nur zum Theil zu dem Blödsinn, der in der politischen Broschürenliteratur so üppig wuchert. Zum anderen Theil ist sie ein ernstes Zeichen der Zeit. Man sieht aus ihr, von welchen Gedanken unsere Aristokratie, unser Offiziercorps erfüllt ist. Denn ohne die ideale Zustimmung zum mindesten eines großen Theils seiner Standesgenossen sagt ein Mann wie Boguslawski solche Dinge nicht. — Wer denkt dabei nicht an die Pratorianer der römischen Kaiserzeit!

Die Pratorianer waren die Gardien der römischen Kaiser und ihre Macht war es, die einer Reihe von Galunken auf dem Kaiserthron erlaubte, das römische Volk ungestraft quälten, martern und ausplündern zu dürfen. Auf ihre Macht gestützt, konnten kaiserliche Blutgunde, wie Tiberius, Caligula, Claudius, Nero, Domitian Hunderttausende unschuldiger Menschen, alle die diesen Machthabern mißlieblich waren, erwürgen lassen. Alle Schamlosigkeit, allen Diebstahl, alles Morden, alle Grausamkeiten der römischen Kaiser und ihrer Diener konnte das römische Volk nicht abwehren, weil die römischen Kaiser jederzeit die Pratorianer gegen das Volk ausspielen konnten, die Pratorianer von all diesen römischen Tyrannen besonders gepflegt und gehätschelt wurden, die hohen Sold erhielten und den übrigen Bürgern gegenüber eine bevorzugte Stellung einnahmen.

Zu einer die in Pratorianern ähnlichen Stellung möchte Herr von Boguslawski auch das deutsche Heer degradiren, indem er im Heer den Gedanken zu verbreiten sucht, eventuell auch zu ungesetzlichen Actionen benutzt zu werden. Und dem deutschen Kaiser muthet er zu, er solle seine Gewalt mißbrauchen soll die Ver-

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

521

[Nachdruck verboten.]

Das wäre das einzige Mittel, die Regierung zur Verfolgung der Verbrecher zu zwingen.

Da Andree bei einigen Zeitungen Freunde hatte, so wurde er beauftragt, sie aufzusuchen und zu bewegen, daß sie der Koze die Schelle anhängen sollten. Er ging auch hin, um ihnen die ganze Angelegenheit auseinanderzusetzen und sie um ihre Meinung zu bitten. Der eine unterbrach ihn schon bei den ersten Worten: er wäre der politische Redacteur seiner Zeitung, aber der finanzielle Theil wäre an ein Syndicat von Bankiers verpachtet, von denen mehrere zu compromittirten Persönlichkeiten gehörten. Wie könnte man diese Leute in einem Blatte angreifen, das ihnen zur Hälfte gehörte?

Ein anderer, der einfacher Redacteur bei einem unparteiischen Blatte war, hörte mit Interesse Andree's Bericht über die Thatsachen; als Kenner solcher Verhältnisse war er wohl im Stande, das Verfahren, das hier angewendet worden war, um den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, richtig zu taxiren.

„Ein gr. hässlicher Schurkenstreich“, sagte er, „und wahrhaft raffiniert ausgeführt!“

Er schien bereit, die Sache der Öffentlichkeit zu übergeben; aber als er dann unter den Namen der

Angeschuldigten auch diejenigen von Finanzgrößen aller Parteien, von Marquis, Senatoren und schließlich auch den Namen des Barons v. Türheim erfuhr, wurde seine Haltung sofort kühl abweisend, er schüttelte den Kopf und schien mit einem Male wenig geneigt, die Sache in Angriff zu nehmen.

„Aber wenn ich den Artikel verfaßte und mit meinem Namen unterzeichnete?“ sagte Andree.

„Nützt nichts“, antwortete der andere. „Er könnte doch nicht aufgesaugen werden.“ Und als Andree sich darüber wunderte, fuhr er fort:

„Wie, glauben Sie denn wirklich, daß wir die Freiheit haben, zu veröffentlichen, was wir wollen? Blauer Dunst ist alles, was man heute von der Freiheit der Presse faßelt. Wir haben nur die Knechtschaft gewechselt, das ist alles. Von der Regierung, von der Polizei haben wir uns allerdings fast ganz emancipirt, aber gegenwärtig sind wir Sklaven des Geldes. Wir sind nichts anderes, wie Arbeiter, die unter einem Patron stehen, von dem ihre Existenz abhängt. Wer hindert ihn denn, uns auf's Pflaster zu werfen, wenn wir uns erlauben, anders zu denken, als er? Wer uns bezahlt, ist unser Herr. Man läßt uns alles Mögliche über Politik zusammenschreiben, für oder gegen ein Ministerium kämpfen, es sieht so aus, als könnten wir in diesen Fällen schreiben, was uns richtig scheint; aber in Wirklichkeit befinden wir uns immer an der Kette der Geldleute. Fällt es uns einmal ein, unsere eigene Meinung in einer Frage zu haben, bei der das Interesse eines mächtigen Herrn

von Geldjacks Gnaden betheilig ist, sofort zieht er den Strick an. Gewiß, wir haben die Freiheit, entweder still zu schweigen oder unserer Wege zu gehen. Sie sehen nun, mein verehrter Herr, die Geldleute können Royalisten oder Republikaner, Opportunisten oder Radikale sein, aber in einem Punkt stimmen sie alle überein: man darf heileibe nicht ihr Geld anrühren.“

„Und doch“, sagte Andree, „habe ich in den Zeitungen oft Angriffe auf Finanzmänner gelesen.“

„Gewiß“, erwiderte der andere, „wenn zwischen zwei Parteien, z. B. zwischen dem jüdischen und katholischen Capital ein Streit ausgebrochen war. Aber sobald Angriffe von außen kommen, sind ihre Interessen solidarisch. Wenn man da auf einen von ihnen losschlägt, heulen die andern sofort mit. Und aus diesem Grunde kann Ihr Artikel bei uns nicht erscheinen; höchstens könnte er in irgend einem Käseblatt Aufnahme finden, das kein Mensch liest oder in einer unfindbaren Zeitung, die eine eigene Meinung und Principien vertritt und nicht einen Geldsack.“

Andree protestirte dagegen. Trotz seiner persönlichen Erfahrungen glaubte er noch immer, daß die Presse die Rächerin der Leiden der Bedrängten sei. Er wollte nun noch einen Versuch machen. Er verfaßte einen kurzen Artikel, der die Beschwerden der Actionäre ertheilt und trug ihn von einer Redaction zur anderen. Hier bat man ihn, sein Manuskript da zu lassen, und wenn er wieder anfragte, war der Director stets ausgegangen. Dort wies man ihn kurz aber tödtlich ab, indem man ihn darauf aufmerksam machte, daß man

faffung brechen und solle das Heer zur Vernichtung eines großen Theiles des deutschen Volkes, nämlich der socialdemokratischen Partei, zu benutzen.

Da hört denn doch Alles auf, wenn in Deutschland von Generalen, die noch zur Disposition des Heeres stehen, dem obersten Kriegsherrn solche Verbrechen empfohlen werden können. — Wo ist denn da der „Umsturz“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung? Bei der Socialdemocratie, die ausgesprochenermaßen einen organischen Ausbau der Gesellschaft will — oder bei dem Pratorianerpräfecten v. Boguslawski, der Staatsgesetze, Verfassung und Eide brechen will auf rohe Kriegsgewalt gestützt, den größten Theil des Volkes unterjochen will?

Wo ist da der „Umsturz“?

Politische Rundschau.

— Ueber die jüngste Sitzung der Umsturzcommission, in der bekanntlich der Antrag Kintelen verhandelt wurde, schreibt die „Berliner Volkszeitung“:

„In dem Felzuge gegen die Wissenschaft, gegen das freie Wort, gegen die Freiheit der Meinung, der durch die Umsturzvorlage eingeleitet worden ist, ist der gestrige Tag für die Gegner der Umsturzvorlage von unschätzbarem Werthe. In der gestrigen Sitzung der Umsturzcommission hat sich das blaueschwarze Caracul, das die geistige Verküppelung des deutschen Volkes in General-Entreprise genommen hat, in seinem herrlichen Lichte gezeigt. Die Angriffe auf das „ungläubige Professorenthum“, auf die von der Kirche unabhängige Wissenschaft, auf die gesammte deutsche Literatur, so weit sie nicht im evangelischen oder katholischen Tractatensinn gehalten ist, lehren uns mit unbegreiflicher Deutlichkeit, welche ein schreiendes Noth auf die moderne Cultur sich in den Beratungen der Umsturzvorlage ausspricht. Wir hoffen, daß die Rede des Herrn Kintelen, dem bei seinen Ausfällen auf die Wissenschaft der conservative Vorführer wieder secundirt hat, auch dem Blindesten die Augen öffnen wird über die Inquisitionsgelüste der herrschenden Parteien. Bei keinem Volke Europas, nicht einmal in Rußland, ist die Aufführung einer solchen Scene denkbar, wie sie sich gestern in der Umsturzcommission abgepielt hat, als man dort über die Freiheit der Wissenschaft zu Gericht saß. Denn selbst in Rußland ist die Knebelung des Volkes in politischer Beziehung viel weiter gehend als in wissenschaftlicher Hinsicht. Es wird im Interesse des Reichers Deutschlands hohe Zeit, daß den beständigen Verhandlungen in der Umsturzcommission endlich ein Ende gemacht wird und daß man die Umsturzvorlage den Weg des Jüdischen Schulgesetzes geben läßt. Der Schluß, den der Ruf des Deutschen Reiches durch diese Verhandlungen nimmt, ist so groß und schwer, daß er in einem Menschenalter nicht wieder zu strant werden kann.“

— Merkwürdige Praktiken scheint man bei der Gewinnung von Material zur Begründung der Umsturzvorlage anzuwenden. Kürzlich wurde mitgetheilt, daß ein Arbeiter von der Gothaer Eisenhammer auf Grund des § 112 des S. O. B. B. zu einem Monat

Gefängniß verurtheilt worden war, weil er seinem hier beim Militär dienenden Vetter im Garnisonlazareth einige socialdemokratische Blätter mitgebracht hatte. Das „Gothaer Volksblatt“ hatte sich an den Arbeiter, der jetzt seine Strafe verbüßt, mit dem Ersuchen um Mittheilung des Urtheils gewendet, um die socialdemokratischen Abgeordneten in den Stand zu setzen, die Behauptung des Staatssecretärs Hebrdingk, „unter dem jetzigen Geleze werde wohl der Soldat bestraft, der socialistische oder anarchistische Schriften annehme, nicht aber derjenige, der sie ihm gebe“, zu widerlegen. Wie das „Volksblatt“ mittheilt, ist dem Verurtheilten die Ausfertigung des Urtheils verweigert worden. Jedenfalls wird diese merkwürdige Sache doch wohl noch in der Umsturzcommission einer näheren Untersuchung unterzogen.

— Daß der Marine-Stat so unerwartet rasch zur Verhandlung im Reichstage kommt, während doch Militär- und Post-Stat längst zur Berathung im Plenum fertiggestellt sind, hat seine ganz besonderen Gründe. Das Centrum soll nämlich Farbe bekennen, damit die Regierung weiß, was bei dem Ruchhandel herauskommt. Mit der Kreuzer-Bewilligung durch die Centrumspartei ist die katholische Presse übrigens durchaus nicht einverstanden. Das Mainzer Journal erwähnt, daß Staatssecretär v. Marichall, um den Centrum-Mitgliedern den Ruder schwächer zu machen, erklärt habe, daß die neuen Kriegsschiffe auch zum Schutze der katholischen Missionen dienen sollen. „Wir halten“, so schreibt das Mainzer Journal, „diese Begründung einer neuen schweren Volksbelastung nicht für ausschlaggebend für die Katholiken, da der Schutz der katholischen Missionen sehr wohl durch die bereits vorhandenen Kriegsschiffe ausreicht und beibehalten werden kann. Wir verstehen es nicht, wie ansehnlich der Thatfache, daß noch nicht einmal die Deduktion für die vom Reichstage bereits bewilligte Militärvorlage gefunden ist, schon wieder neue militärische Forderungen genehmigt werden. Wir wollen keine Unglückspropheten sein, das aber dürfen wir heute schon sagen: Macht die Centrumfraction bei der Plenarberatung den Hint in das Regierungslager mit, dann dürfte es manchem schwer werden, bei Neuwahlen vom katholischen Volke wieder in den Sattel gehoben zu werden.“

— Das Reichsfinanzgesetz, so triumphirt in der „Post“ der bekannte publicistische Anwalt des Herrn Miquel, scheint nach der Generaldebatte im Reichstage in seinen wesentlichen Theilen gefestigt. Herr Hug hat es für die Höhe noch entscheidender gemacht, als selbst Dr. Haber. Damit scheint das Centrum in seiner Gesamtheit gewonnen zu sein. — Der beabsichtigte Automaten wurde alle in Kraft treten. Der Antiklerikalismus gibt zu, daß in dem Zukunftskommen des Finanzgesetzes endlich die Forderung einer ehrenden Berechnung der eigenen Einnahmen des Reiches liegt. Dabei hat der Reichstag unter Ausschließung der Erörterung der Staatsanwaltschaft die Wahl zwischen zwei Arten zu einer Steuer- oder Verbrauchssteuer oder zu mehreren derselben oder einer neuen Steuer zu wählen. Größte Sorge die dabei hervor große Ausfälle. In sofern ist es allerdings möglich, daß, wie Abg. Richter bekanntlich habe, das

Reichsfinanzgesetz die Brücke zu ihrer Durchführung bilde. — Die Beweise häufen sich immer mehr, daß das Centrum die bestimmte Absicht hat, den ganzen Steuerplänen des Herrn Miquel zur Durchführung zu verhelfen, unbekümmert um die furchtbaren Folgen derselben für viele Tausende deutscher Bürger.

— Es wird immer schöner in Preussisch-Deutschland. Ein seltsames Formular für ein Führungsattest wird der „Freie Zeitung“ eingesandt. Der Bürgermeister zu Menden i. W. bescheinigt einem Kaufmann daselbst auf sein Ersuchen, „daß er sich während dieser Zeit, soviel hier bekannt, gut geführt und sich socialdemokratischen Bestrebungen nicht hingeeben hat.“ Das Formular dazu, u. a. auch die Stelle, daß der betreffende sich socialdemokratischen Bestrebungen nicht hingeeben hat, ist gedruckt. Demgemäß wird also ein Attest in dieser Form jedermann ausgestellt, der überhaupt ein Führungsattest von dem Bürgermeister verlangt. Im gegebenen Falle, bemerkt die „Freie Zeitung“, wurde das Zeugniß verlangt im Interesse eines Geschäftsfreunden, also nicht etwa in Militärangelegenheiten. Diese Polizeiaufsicht ist ein notwendiger Bestandtheil der preussischen Ordnung. Nulleffect gleich Null!

— Bismarckfeiern werden jetzt im ganzen Reich zum achtzigsten Geburtstage des „eisernen Kanzlers“ geplant und dafür manches schöne Stück aus den verschiedenen Stadtkästen bewilligt. Nicht schlecht scheint uns die Sache in Kassel angefaßt worden zu sein. Dort hatte der Magistrat beantragt, 1000 Mark zur Abhaltung eines großen Festcommerses zu bewilligen. Der Bürgerausschuß beschloß darauf, zwar die 1000 Mark zu bewilligen — aber nicht für den Commers, sondern zur Vertheilung an 30 bis 40 arme Familien. Das wäre eine bessere Geburtstagsfeier. — Nun, das ist jedenfalls ein schmucklos. Dem großen Otto hätte der Casseler Bürgerausschuß jedenfalls eine größere Freude gemacht, wenn er die 1000 Mark nicht für den Festcommers und nicht für die Armen verwandt, sondern per Postanweisung direct nach Friedrichsruhe geschickt hätte. — Aus Stettin wird der „Volks-Zeitung“ geschrieben: Der hiesige Magistrat beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage, ob seitens der Stadt etwas zur Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck gethan werden solle. Von einer Seite wurde dies befürwortet, von anderer Seite wurde jedoch hervorgehoben, wie schwer Bismarck durch die von ihm in Scene gesetzte Interferenzpolitik das Wohl gerade unserer Handelsstadt geschädigt habe. Man beschloß deshalb von einer Feier, bezw. einer Adresse abzusehen. — Der Stettiner Magistrat wird sich durch diesen Beschluß den Dank der erdrückenden Mehrheit der Stettiner Bürgerschaft verdienen.

— Bezüglich der Verwendung von Strafgefangenen hat jetzt der Minister des Innern die Aufsichtsbehörden angewiesen, darauf Bedacht zu nehmen, daß aus den Anstalten ihrer Bezirke ein Theil der Strafgefangenen zu landwirtschaftlichen Kolonisationen verwendet werde. Dies soll jedoch nur dann statthaft sein, wenn sonst die Ausführung der Arbeiten unterbleiben mußte, weil es an freien Arbeitern fehlt oder die den Lezteren zu zahlenden

sich keine Verleumdungslage zwischen beide. Ein kleines Wochenschriftchen, das vom Stempel lebe, erbot sich, den Artikel abzubringen, wenn Andre 500 Francs dafür zahlen wolle. Andre willigte ein, aber als der festgesetzte Tag herangerufen war, erklärte der Director vorliegen, daß er sich andere Gedanken habe und Andre dachte an das Sprichwort: Neben ist Silber, Schweigen ist Gold.

Des vergeblichen Umherlaufens müde, entschloß sich Andre, eine socialistische Zeitung anzufordern. Er wogte denn auch wirklich einen Gang nach der Redaction der „Revolutions sociale“ (Social: Revolution) in der Rue du Croissant, wo er in einem Hintergebäude eine enge und dunkle Treppe erklimmen mußte, bis er auf eine Thür stieß, an der das Wort „Redaction“ geschrieben stand. Er durchschritt einen dunklen Corridor und drang schließlich in ein von Gasraumoch erfülltes Zimmer, in dem am hellen Tage Gas brannte.

Er sah, der Herr Director sprechen zu dürfen. Der Redactionsdirektor, den er „mein Herr“ statt „Herr“ anredete, betrachtete ihn mit Mißtrauen. Erprobte wurde er in das Zimmer geführt, und er hatte kaum den Fuß seines Besuchs aneinandergelegt, als der Director antwortete: „Bortrefflich! Ihr Artikel wird morgen erscheinen.“

In der That erschien Andre's Bericht schon am nächsten Tage an hervorragender Stelle des Blattes unter der Ueberschrift: „Ein neuer Versuch der capitalistischen Grossgrundbesitzer an der Börse.“

Er war von einem kammender Commentar, von

hüßigen Angriffen gegen die Stockbörse und einem Apell an die öffentliche Meinung gegen diese „Bande von Samarasen“ folgten. Andre fand, daß das Blatt seiner Darstellung et was zu gewaltigen Ausdruck gegeben hätte. Er war unzufrieden mit der heutigen Sprache, die jetzt nicht mehr und gehaltenen Darstellung eines klaren Sachverhalts gab. Aber was sollte er dagegen thun? Es war nicht seine Schuld, daß man nur die achte, welche laut sprachen. Desmal wichtigste war er nicht, gehört und verstanden zu werden. Mehrere Blätter derselben Farbe druckten den Artikel ab und blühten seine Antisemitismen. Andere erwähnten ihn mit Duld und Wohlgefallen. Jetzt konnte die Sache nicht mehr ertragen werden.

Nieder vergingen Wochen um Wochen. Die Actionäre hatten beschlossen, ihre Sache einem hervorragenden Advocaten anzuvertrauen. Das kostete viel Geld, aber man dürfte doch nichts vernachlässigen, wenn man den Sieg davontragen wollte. Andre, der selbst Anwalt war, erhielt jetzt den Auftrag, unter dem herabgesetzten Zutritt des Reiches der geeigneten Mann unabhängig zu machen. Der erste, an den er sich wandte, mußte ablehnen, weil er mit einem der Administratoren vermandt war. Der zweite war unwillig, nicht anzunehmen zu können, weil er der Redaction eines großen Geschäfts war, deren Director der Herr Baron von Thiem war. Der dritte war gerade wie auf Befehl vor einem Tage von der Centrumspartei zu seinen Diensten gebeten worden. Also, der ehemalige Präsident der Rechtsanwaltschaft, der nicht als irgend

ein Anderer Gehör in Gerichtkreisen fand, hatte seinen Bistand schon Herrn Libary zugesagt, demselben, gegen den die Klage gerichtet war. So mußte Andre unter all' den Fürsten des Rechtsanwaltsstandes die Runde machen. Ueberall stieß er auf begründete Weigerungen und der Gedanke drängte sich ihm immer mehr auf, daß seine Gegner mit diesen Leuten durch all' die tanjend Bande der Verwandtschaft, der gesellschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen auf's Engste verknüpft waren. Schließlich wandte er sich an einen jungen Advocaten, Ferrier, der von ernstem, solidem, wenn auch weniger glänzendem Geiste war, aber weder den Ruf noch die Erfahrung des alten geriebenen Schlachtopfers hatte, mit dem er es aufnehmen sollte.

Inzwischen hatte auch die Anklagekammer gesprochen. Sie entschied, daß dem Antrag auf Verfolgung der Schuldigen nachzukommen sei. In all' ihrer Noth hatten die armen Actionäre zum ersten Male einen Moment der Freude und Hoffnung. Die Sache wurde ausnahmsweise an die achte Kammer gewiesen. Der Staatsanwalt Chapuis wurde damit beauftragt, die Anklage zu erheben.

Nieder vergingen Wochen um Wochen. Da hörte man plötzlich, daß der Staatsanwalt sein Amt niedergelegt habe. Das unbestimmte Gerücht tauchte bald darauf auf, daß er seine Aufgabe zu ernst genommen und daß die Regierung im Hinblick auf die hohe Stellung der Beihilgten Milde walten zu lassen wünschte.

(Fortsetzung folgt)

Löhne die Meliorationen unrentabel machen würden. Ferner sollen zu den Arbeiten nur solche Sträflinge verwendet werden, die sich gut geführt haben und nicht fluchtverdächtig sind. Außerdem müssen sie bei der Arbeit von den freien Arbeitern getrennt gehalten werden. An Arbeitslohn sind für die Gefangenen pro Kopf und Tag 40 Pfg. zu zahlen. Im Ueberhau aber sollen Gefangene zu keinen anderen landwirthschaftlichen Arbeiten als Meliorationen abgegeben werden. Zur Uebernahme der Arbeiten ist in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des Ministers einzuholen. Wird diese Verordnung wirklich in dem ange-deuteten Sinne ausgeführt, so wäre gegen dieselbe bloß zweierlei einzuwenden. Erstens daß die Gefangenen mit einem so niedrigen Lohne abgepeist werden. Dies ist nicht bloß in ihrem Interesse zu be-dauern, sondern auch in dem der freien Arbeiter, auf deren Einkommen der niedrige Lohn der Straf-geforgenen auch dann drücken wird, wenn keine directe Concurrnz zwischen Arbeitern und Gefangenen statt-findet. Dann ist zu befürchten, daß zahlreiche Meliorationsarbeiten bloß deshalb als unrentabel be-zeichnet werden dürften, um sie den freien Arbeitern vorenthalten zu können.

Zur Reichstagsersatzwahl in Olegko-Lyck sind nach dem amtlichen Ergebnis Stimmen ab-gegeben wie folgt: Graf Sauerberg 12259, Guts-besitzer Lode 107, Polizeihelfer Dou 3889, Gutsbesitzer Ehardt 1439 Stimmen. Graf Stolberg ist also mit 3412 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. Die Wahl wird, so schreibt die „Freie Sta.“, selbst-verständlich wegen der unzulässigen Beeinflussung der Wähler durch die Landräthe angefochten werden. — Das Verleihen der „Deutschen Tageszeitung“ macht unter dem Eindruck der Olegkoer Wahl die ergöglichsten Sp.ünge gleich dem Pegg, der auf glühender Wite-tarzen lernt. Dasselbe Organ des Bundes der Land-wirthe, das bis zum Wahltag erklärte: „Die unab-hängigen Conservativen und der Bund der Landwirthe haben darum keinen Grund, für eine andere Candi-datur als die des Herrn von Borcke einzutreten. Herr von Borcke bleibt für uns der einzige empfehlenswerthe Candidat für den Wahlkreis Lyck-Olegko-Johannishury“, schreibt nun, nach dem der v. Borcke genau 107 Stimmen erhalten hat: „Nun, wir sollten doch meinen, daß das Einmüthen des Grafen Stolberg für den Antrag Kanitz und für das Programm des Bundes deutlich genug dafür spricht, daß er ohne einen solchen öffentlichen Schritt seine Candidatur für aussichtslos hielt. Thatsächlich haben also die Ansjchauen des Bundes den Sieg davongetragen.“ — Wie der „Jud“, von dem Hebel's Schatzkästlein erzählt, ruft das Verleihen: Au-waich, ich habe gewonnen.

Im Wahlkreis Lennep-Wettmann, wo Genosse Meist wieder candidirt, ist als Durch-falls-Candidat der Antisemiten, Christlich-socialen und Conservativen Oberlehrer Wend-Land-Rammscheid aufgestellt worden.

Auch in der französischen Republik nimmt die Socialdemokratie einen immer breiteren Raum ein — selbst in den Communalverwaltungen. Der Magistrat in Marseille hat seine Entlassung eingereicht, weil-tüßigehende Meinungsverschiedenheiten mit den radical-socialistischen Mitgliedern entstanden sind, welche hoffen, daß sie bei einer Neuwahl eine Mehrheit erlangen. — Der Bürgermeister von Carmaug hat nebst seinen Anjunkten seine Entlassung eingereicht, um dem Genossen Calvignac (dem früh ren Bürgermeister), der am 22ten März 1894 abgesetzt wurde, Gelegenheit zu geben, wieder dies Amt zu übernehmen.

Die von der belgischen Regierung der Prä-sidentenkammer vorzulegende Begründung zu dem Antrage betreffend die Abtretung des Congoftaates an Belgien ist gestern erschienen. Die 212 Seiten starke Denkschrift veröffentlicht die einschlägigen diplomatischen Actenstücke, hat elkpolitische und statistische Angaben und stellt die Grenze des Congoftaates fest. Sie er-örtert die Frage des Verkaufrechts, der Neutralität und geht auch auf die Fragen der wirthschaftlichen Verweithung, der Staatsschulden, der Einnahmequellen u. s. w. näher ein. Der Abtretungsvertrag umfaßt vier Artikel. Der Artikel 1 lautet: Der König als Souverän des Congoftaates erklärt von jetzt ab die Souveränität über die, der unabhängigen Congoftaat bildenden Gebiete mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten, an Belgien abzutreten und der belgische Staat erklärt diese Abtretung anzunehmen. — Ob der gekrönte Gründer Glück hat? — Der „Peuple“ unser Brüderblatt, veröffentlicht einen Artikel,

worin er die Congoverwaltung der Unmenschlichkeit be-schuldigt. Er weist dies durch Auszüge aus dem Reglement nach, das schwere körperlich Strafen vor-schreibt. — Der Staatshaushalt des Congoftaates für 1895 erweist einen Fehlbetrag von 4,343,175 Frees.

Nach einer der belgischen Deputirtenkammer zugegangenen Nachweisung besteht zwischen dem Könige und Stanley folgendes Abkommen: Stanley ist ver-pflichtet, dem Könige in Europa und Afrika zu dienen „wie Seine Majestät es wünscht“; er darf nicht länger als zwei Jahre hintereinander in Afrika sich aufhalten. In Afrika erhält er jährlich 2000 Lstr., in Europa 1000 Lstr. Gehalt. Er darf weder Bücher veröffent-lichen noch Vorträge halten ohne Zustimmung des Königs. Das Abkommen wird von Jahr zu Jahr er-neuert. König Leopold will es bis zum Jahre 1900 aufrecht halten, jeden Falls nicht vor diesem Zeitpunkte lösen.

Aus England schreibt man dem „Vorwärts“: Chamberlain hat am 21. Februar im Parlament eine Plamaze erlitten, die seine Position ziemlich erschüttert hat. Es handelte sich um die Frage der Einfuhrzölle für Baumwollgarne in Indien. Um das wachsende Deficit im indischen Budget auszugleichen, hat die Regierung seiner Zeit ein n Zoll von 5 Procent auf alle in Indien importirten Waaren gelegt, mit Aus-nahme der Baumwollgarne. Da über große Erregung der indischen Spinner, die eine laute Agitation da egen in Scene setzten, daß indische Interessen Lancashire aufgeopfert würden. Um sie zur Ruhe zu bringen, hat nun die Regierung die Ausnahmebestimmung wieder abgeschafft, aber für alle Garne über Nr. 20 eine Inlandsabgabe von 5 Procent in Indien festgesetzt, so daß also nur die groben Garne, in denen Lancashire vom indischen Markt schon verdrängt ist, bloß Einfuhr-zoll zahlen, während die feinen Nummern ziemlich gleich besteuert sind. Immerhin fühlten die Textilindustriellen von Lancashire sich benachtheiligt, und verlangten von ihren Vertretern, daß sie Zurücknahme dieser Be-stimmung verlangen sollten. Da nun ein Theil der Abgeordneten Lancashires liberal ist, die Textilarbeiter aber in dieser Frage, wie in der des Bime allismus, mit den Fabrikanten gehen, kommen verschiedne jeint Herrin in die unangenehme Lage, eventuell gegen die Regierung stimmen zu müssen. Dies schien Herrn Chamberlain eine günstige Gelegenheit, die Regierung in die Minorität zu bringen und so eine Parla-mentsauslösung zu erzwingen. Er steckte sich hinter die An-tragsteller und gab die Parole aus, Unterstützung des Antrages auf Vertagung des Hauses, welche in diesem Falle ein Misstrauensvotum bedeutet hätte. Indes es kam anders. Es giebt nur eine Alternative, den Bedürfnissen des indischen Budgets anders als durch Zölle zu entsprechen, und das ist Reduction der Ge-hälter der indischen Beamten. Das scheint den Conser-vativen im letzten Moment zum Bewußtsein gekommen zu sein, und für einen Antrag, der dies heraufbeschwor, wollten sie stimmen, die ihre unverjorgten Söhne nach Indien schicken? Das paßte ihnen nun doch nicht. Kurz, während am andern Morgen alle Blätter mit Riesbuchstaben eine „ernsthafte Krise“, eine „höchst gefährdete Situation des Cabnets“ verkündet hatten, frumelte am Abend bei der Abstimmung die Opposition so zusammen, daß die Regierung mit 195 Stimmen in der Majorität blieb, mehr als selbst gegen den Amneitie-Antrag der Sen. Herr Chamberlain aber war schließlich so verdußt, daß er sich im letzten Moment auf einen unennbaren Ort flüchtete, um nicht mit abstimmen zu müssen. Großer Triumph aber bei den Liberalen. Und da sie zwei Tage zuvor den Conser-vativen in einer Nachwahl einen Sitz abgenommen, hängt — bis auf weiteres — ihr Himmel wieder voll Geigen.

Gegen die Tabaksteuer.

Arbeiterentlassungen in der Tabak-industrie. In Burgdamme bei Bremen haben drei un-ferer Redaction benannte Tabakfabrikanten 136 Cigaren-machern gekündigt. Die Kündigung ist veranlaßt worden durch die Geschäftsläue, welche die erneute Vorlage des Fabrikatsteuergesetzes im Reichstage verursacht hat. Durch die Kündigung werden einschließlich der Familien 490 Per-sonen brotlos. In Bremen geht man mit der Absicht um, ein Comité zu bilden und Sammlungen zu veranstalten zur Unterstützung der arbeitslosen Cigarrenarbeiter. — Seitens der freisinnigen Volkspartei wurden in Altona und in Leipzig Protestversammlungen abgehalten. — Eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuerborlage in Dresden, in der Reichstags-abgeordneter von Elm in anderthalbstündigem Vortrage referirte, wurde aufgelöst, als ein Genosse auf die Affaire Fuchsmühl zu sprechen kam und ihm vom überwachen den Beamten das Wort entzogen wurde. Die Versammlung gab hierüber ihren Unwillen kund, was den Beamten zur Auflösung veranlaßte.

In Gera wurde eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuer abgehalten, in welcher Reichstagsabgeordneter Geyer unter großem Beifall sprach.

Parteiangelegenheiten.

Der Wahlkampf im 6. sächsischen Wahlkreis, wo der bisherige antisemitische Abgeordnete Päntchen sein Mandat aus persönlichen Berwärsnissen mit seinen Parteigenossen — er selbst hat andauernde Krankheit als Grund angegeben — niedergelegt, ist von uns schon eröffnet. Unser Dresdener Bruderblatt schreibt: Unter Umständen, so günstig wie selten, sind die Wähler des 6. Reichstagswahlkreises berufen, auf's Neue über die Politik der Regierung ihr Urtheil zu fällen. Wir stehen im Zeichen der Umsturzvorlage und der Tabak-steuer. Politische Entrechtung des Volkes, der soeben offiziell erklärte Bankrott der Socialreform, neue schwere Belastung der Steuerzahler und damit in Verbindung agrarische Beutel-schneiderei, das ist es, was der gegenwärtigen Zeit den Stempel aufdrückt und das sind die Fragen, über die die Wähler des 6. Wahlkreises zu entscheiden berufen werden. Sie werden die Bedeutung dieser Entscheidung zu würdigen wissen und werden dafür sorgen, daß nicht wieder ein solches volksverrätherisches antisemitisches Zerstückeln, sondern ein Social-demokrat gewählt wird, der allen diesen reactionären Be-strebungen ein schroffes und unbeugbares Nein entgegen setzt. Die Parteigenossen aber haben die Pflicht, sofort die eifrigste, energischste Agitation zu entfalten. Die 98 Stimmen, um die der Gegner uns voraus war bei der letzten Wahl, sie müssen und werden eingeholt werden. Die Neuwahl muß sofort ausgeschrieben werden, wir haben also nur wenige Wochen vor uns. Wir sind überzeugt, daß jeder einzelne Parteigenosse sich seiner Pflicht bewußt ist und alles thun wird, was in seinen Kräften steht, um den Sieg diesmal und damit für immer an unsere Fahne zu fesseln. Bei ernster, pflicht- und zielbewusster Arbeit ist uns der Sieg gewiß. Darum fröhlich auf zum Kampfe, das Ziel ist nahe!

Arbeiterbewegung.

Der Streit in der Metallwaarenfabrik von Grief u. Co. in Leipzig ist nach Lage der Dinge für die Arbeiter als verloren zu betrachten. Von den 15 Streikenden sind acht theils abgereist, theils haben sie anderweitig Arbeit gefunden. — Obgleich bisher unorganisiert, war die Haltung der Streikenden eine mutterharte; keiner von ihnen ist bis jetzt an den verlassenen Arbeitsplatz zurückgekehrt. Es sind sieben Mann, darunter drei verheirathete, noch ferner zu unterstützen. Collegen, wir appelliren an Eucere Solidarität, ihnen finanziell helfend beizupringen. Der Zuzug von Metallarbeitern nach Leipzig ist fernzuhalten. Im Auftrage des Streikcomitees: G. Reichel.

Was stramme Organisation vermag. Die Direction der Norddeutschen Steingut-Fabrik (N.-G.) in Begejack bei Bremen versuchte im November d. J. eine Lohnreduzierung bei den Tellerdrehern durchzudrücken. Letztere machten aber gehörig Front dagegen und wurden insolge dessen entlassen. Als Antwort wurde die Sperre verhängt, und sind die Biäge dieser entlassenen Tellerdreher bis jetzt dank der So-lidarität der Porzellanarbeiter noch nicht besetzt worden, soviel Mühe sich auch die Direction giebt. Wohl waren mehrere Fremde schon angekommen, doch nach erhaltener Aufklärung von den Collegen, dampften sie wieder ab. In den letzten Tagen nun hielt der Aufsichtsrath der Porzellan-arbeiter eine donnernde Strafpredigt und verlangt unbedingte Aufhebung der Sperre, „widrigenfalls die ganzen Arbeiter entlassen und die Bude geschlossen wird“. Selbst-verständlich werden die Herren sich hüten, Letzteres zu thun, und weil zur Evidenz aus Allem hervorgeht, daß die Sperre gut wirkt, hält der Vorstand der Porzellanarbeiter dieselbe aufrecht, bis die entlassenen Tellerdreher zu den alten Be-dingungen wieder eingestellt sind. Also auch hier wollen die Porzellan- und Steingutarbeiter die Sperre beachten und Begejack bei Bremen meiden.

Sociale Ueberfluth.

Die Schädlichkeit des Phosphors für die Zünd-holzarbeiter. Die Arbeitergenossenschaft der Zündholz-arbeiter Frankreichs hat der Deputirtenkammer ein Bittgesuch eingereicht, welches das Verbot des weißen Phosphors in der Zündholzfabrikation bezweckt. In der betreffenden Eingabe betont die Arbeitergenossenschaft, daß die Verarbeitung gerade dieses Phosphors eine der gefährlichsten ist, und die schred-lichste Krankheit des Zahnekrone zur Folge hat, welche unter den unglücklichen Arbeitern wüthet, und immer mehr und mehr Verheerungen anrichtet. Die Streichholzarbeiter ver-langen, daß die Kammer die weitere Benutzung dieses Giftes unterjage, und an dessen Stelle den rothen oder amorphem Phosphor zu benutzen. Mehrliche Vorschläge waren schon in der Parlamentssession 1888.89 gemacht worden, brachten aber, obgleich sie von der Kammer angenommen worden waren, den Arbeitern keinerlei Verbesserung. Auch gegen-wärtig sind mehrere Arbeiter im Hospital in Behandlung. Einer wurde schon zu wiederholten Malen operirt. Es hand-elt sich diesmal darum, den ganzen Unterkiefer zu entfernen, nachdem ihm in einer früheren Operation schon ein Theil des Oberkiefers genommen worden ist. — Es ist, schreiben französische Blätter, endlich an der Zeit, daß maggebenden Orts diese trostlosen Zustände in der Zündholzbranche end-lich in Erwägung gezogen und Abhilfe geschaffen wird. In Belgien, wo die Streichholzfabrikation frei ist, ist der Ge-brauch des weißen Phosphors schon seit langem unterjagt. Arbeiterentlassungen. Auf der Grube „Königsborn“ bei Dortmund ist etwa 120 Arbeitern gekündigt worden. — Auf einer anderen Grube, der Grube „Centrum“, wurde ein Mann entlassen wegen „Mangel an Abjaß“. — Frauenarbeiten. Die Telegraphen-Verwaltung von München stellt etwa 60 Damen in den Telephondienst. Ge-meldet haben sich bereits mehrere Hundert, gewiß ein Zeichen, wie immer mehr junge Mädchen gezwungen sind, in den „Kampf ums Dasein“ mit einzutreten.

57 57

Bur Confirmation

3503

57 57

Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich billiger als Ueberall.

Eduard Freund

57, Neuschestrasse 57, Ecke Hinterhäuser.

Stadt-Theater.

Freitag:
„Carmen“.

Lobe-Theater.

Sonnabend:
„Salali“.
Hermann's Ehecontract.
Sonntag Nachmittag:
Zum letzten Male:
„Der Schlagbaum“.
Abends:
„Salali“.
Hermann's Ehecontract.

Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)
Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Gebr. Roessler's Brauerei.
Original-
Cycloer Concertsänger-
Gesellschaft
aus Jansbrunn.
Dir.: Hans Spiess
und Auftreten des
Hof- und Electro-Clown
Francois Wells.
Wochentags Entree 15 Pf.
Sonntags 20 Pf.
Kinder 10 Pf.
Jeden Sonntag: 3270
Frühstücken-Frei-Concert.

Bunzlau.

Mittwoch, den 6. März,
Abends 8 Uhr:
Mitgliederversammlung
des Wahlvereins Simmer-Garten
in den „drei Kronen“.
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand.

Neustadt O.-S.

Sonntag, den 3. März,
Nachmittags 4 Uhr:
General-Versammlung
d. Arbeiter-Bildungsvereins.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung.
2. Neuwahl des Vorstandes. 3. An-
träge aus der Mitte der Versammlung
und Beschlüsse.
Der Vorstand.

Goldberg i. Schl.

Sonnabend, den 2. März,
Abends 8 Uhr
findet im Gasthof zum
„Deutschen Kaiser“ eine
öffentliche
Protektorenversammlung
statt.
Tagesordnung: 1. Die neue Tabak-
preismethode. 2. Diskussion Referent:
Gen. Redacteur Julius Bruns.
Breslau.
Um reiche zahlreiches Besuch bitten
Die Organisatoren.

Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art
mit nebenstehender
Control-Markte. Eine
Garantie daß der Käufer
nur reell gearbeitete Waare
und der Arbeiter einen
menschenwürdigen Lohn er-
hält.
Ausgegeben v. Control-Commission d. Deutschen
Schneider u. Schneiderinnen Sitz Berlin

Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei
V. Liepelt,
Confectionshaus „Solidarität“,
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,
Ecke Neue Welt-Gasse.
Bestellungen nach Maß werden in kurzer Zeit gut und sauber ausgeführt.
Sache der Arbeiterchaft ist es, dieses bei ihren Einkäufen zu be-
rücksichtigen und gegenseitig Solidarität zu üben. Arbeiter, Genossen,
es gilt für uns das vernünftige aller Söhne die doppel Aus-
beurteilung zu bekämpfen!
Die Control-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen.
Sitz Berlin.

**Das Bernhard Freund'sche
Concurswaarenlager**
wird täglich von Samstag 9-12 Uhr und Nachmittags 3-6 Uhr
Carlsstraße 26, im Hofe 1 Treppe
anverkauft. Das Lager besteht aus:
Kleiderstoffen, Leinen, Baumwollwaaren, Tisch-
zeugen, Gardinen und Möbelstoffen.
Großes Lager
Wäscheconfection, Arbeiter-Hemden, Blousen und
Schürzen.
Für Händler aussergewöhnlich vortheilhafte Partien.

Georg Dienstfertig

Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft
Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
empfiehlt sein reichhaltigstes Lager in
Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Inletts
Herren- und Damen-Wäsche
sowie fertige Confection 2746
zu tauschhaft billigen aber streng festen Preisen.
Größte Auswahl in Arbeiter-Hosen, -Hemden und -Blousen.
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

Rohtabake

in bekannt größter Auswahl und besten Qualitäten
empfiehlt zu billigsten Preisen 3432
G. Titze, Breslau,
27 Büttnerstraße 27.

Farin

besten, weissen, Pfd. 21 Pfg.
Kaffee, Carlsbader Mischung, von
gutem Aroma, vorzüglich. Geheimgut,
Pfd. 1,60 Mk. 3560
andere Sorten v. Pfd. 1,20-1,80 Mk.
Cocoapulver, leicht löslich, von köstlichem
Geschmack. Pfd. 1,50 Mk.
Wiencraves, Pfd. 14 Pfg.
Granen von Pfd. von 10 Pfg. an.
Beste Koch-Orbsien, per Pfd. 10 Pfg.
Junge einglegte Schnittbohnen
per 1 2 3 4 u. 5 Pfd. Büchse
25 33 50 65 75 Pfg.
Himbeer-Marmelade, Pfd. 40 Pfg.
Reichen Pfäutermus, Pfd. 18 Pfg.
Reine Tafelmargarine, Pfd. 65 Pfg.
Beines Speisefett, Pfd. 58 Pfg.
Cognac, Rum, sowie feine Liköre.
Matthiasstr. 99,
E. Adamy, Saunstraße 1.

Empfehle meine angenehmen
Restauration-Specialitäten
einer geneigten Beachtung.
Heute Sonnabend: 3457
Wurstabendbrot.
W. Menzel,
4 Andersohnstraße 4.

Damen-Gamaschen,
fest und wasserdicht
4,50 Mk.,
Damen-Gamaschen,
Doppelseitig mit Kappe
5,50 Mk.,
Damen-Güßstiefeln
zum Schnüren und
mit Gummizug,
Noch 6,50 Mk.

Herrn-Gamaschen
mit Doppelseite 7 Mk.
Herrn-Gamaschen
auf Rand,
leicht und
haltbar
7,50 Mk.

Herrn-Gamaschen, elegant mit Beleg
Knöpfen 8,00 Mk.
sowie Outmacher-Güßstiefeln für Herren,
Damen u. Kinder. Knopfstiefeln, Schnür-
und Schafstiefeln, in Leder, Felle und
Leder für Kinder in jedem Alter, in
großer Auswahl.
Gummistiefeln für Herren 4,50 Mk.
Gummistiefeln für Damen 2,50 Mk.
Gummistiefeln für Kinder in bester
Qualität 2,00 Mk.

Reeller Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäftes!

Um bis 1. April mit meinem Vorrath zu räumen,
verkaufe ich mein gesamtes Lager zu n. unter
dem Kopfenpreis.

Jahres-: 600000, 200000 5 Pf. Best
15 Pf. 200000 15 Pf. 200000, weiß und
blau 70 Pf. 200000 60 Pf. 200000
25 Pf. 200000 mit 6 200000 5 Pf. 200000
75 Pf. 200000 20 Pf.

beste leinene Züchen 30 Pf.,
Jahres 25 Pf., Strohhüte 20 Pf. Züchen-Gamaschen
besten Qualit. 25 Pf., Gardinen, weiß und blau
30 Pf., Bettdecken-Decken 60 Pf., Strohhüte
25 Pf., Schuhe mit 6 200000 5 Pf., Bettdecken
75 Pf., Züchen 20 Pf.

Herrn- u. Knaben-
Garderobe weit unterm Selbst-
kostenpreise,
Ankermägen, Kleiderstücke, Hemden, Arbeiter-
hemden von 1 Mk. an, halbes Hundes 3 Pf. mit
3 Pf. 50 Pf., Kleiderstoffe mit Spitze in jeder
nur auszuwählbaren Größe.

Bohrnerstr. 33,
Größte Telegraphen für Händler u. Arbeiter.

haben zu vermieten.

50 Nähmaschinen.

hochleg., renommirte Fabrikate,
sicher billig zu verkaufen bei
W. Buttermilk,
Neumarkt 8. I. Etage. 3483
Maschinen-Reparatur-Anstalt.
Gebr. Maschin in Zahlung ge-
nommen, Theilzahlung, bewilligt.
Die Pfaff Singer u. Ring-
weilber, schön a. Lager.
2-5 Jahre streng reell Garantie.

F. Weich,

Friedrich-Wilhelmstr. 5.
Reellste Bezugsquelle
für 2716
Herren- u. Knaben-
Garderobe.
Größte Auswahl, billigste Preise.
F. Weich,
Friedrich-Wilhelmstr. 5.
Anfertigung u. Maßf. d. g. u. billig.

Der Süddeutsche Postillon
Nr. 5,
humorist. satyrisches Witzblatt.
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Holzportale

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

48. Sitzung vom 28. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Voetticher, Hollmann u. A.

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Marineetat's.

Referent der Budgetcommission ist Abg. Dr. Lieber (Centrum), der dem Plenum im Namen der Commission empfiehlt, die wie im Vorjahre auch diesmal die von der Regierung geforderten Personalvermehrungen für das Obercommando der Marine abgelehnt hat, diesem Beschlusse der Commission beizutreten.

Staatssecretär des Reichsmarineamts Viceadmiral von Hollmann tritt noch einmal für die Forderung ein.

Das Haus stimmt dem Beschlusse der Commission zu. Ohne Debatte stimmt dann das Haus den in der Commission beim Kapitel Reichsmarineamt gemachten Abstrichen zu.

Beim Kapitel 47 Seewarte und Observatorien nimmt das Haus folgende von der Commission vorgeschlagene Resolution an:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: die den in Berlin stationirten Mitgliedern der Mittelbehörden der Reichsverwaltung ge. Marie Drisszwaige von 600 Mark auf 700 Mark zu erhöhen. Die Beamten in Hamburg für das nächste Jahr in Aussicht zu nehmen.“

Ebenso wird eine Resolution beim Kapitel 50 Seelorge und Garnisonsschulwesen

angenommen. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen die Verbesserung des Gehalts der Volksschullehrer an den Marineschulen in Erwägung zu nehmen“

Abg. V. Lingen's (Centr.) tritt für die Parität in der Seelorge für die Marinejoldaten und für bessere Innehaltung der Countag'sruhe, namentlich auf den Werften, ein.

Beim Kapitel 51 Geldverpflügung der Marine theile beantragt die Commission Abstriche in Höhe von 1440 Mark. Das Haus beschließt demgemäß.

Im Kapitel 52 „Betrieb der Flotte“ hat die Commission 618,500 Mark gestrichen.

Staatssecretär Hollmann betont, daß die Abstriche, falls sie auch vom Plenum ausgesprochen werden sollten, den Betrieb der Flotte aufs Empfindlichste schädigen würden. Die Marinerverwaltung verlange nur das unbedingt Nothwendige. Er bitte die Forderung der Regierung wieder herzustellen.

Abg. Ricker't macht darauf aufmerksam, daß trotz der Streichungen noch über eine Million mehr als im Vorjahre bewilligt worden sei. Er frage, ob die Marinerverwaltung im Vorjahre ausgekommen ist.

Staatssecretär Hollmann erklärt, daß die Verwaltung nur unter Zurückstellung nothwendiger Ausgaben im Vorjahre ausgekommen sei.

Das Haus beschließt den Anträgen der Commission gemäß.

In Kapitel 53 „Naturalverpflügung“ hat die Commission 73,050 Mark zugelegt, weil sie eine Steigerung der Naturalienpreise annimmt.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen nach den Commissionsbeschlüssen. Kapitel 54, Titel 1. „Besoldungen“ und 2. „Wohnung für Oekonomiehändler“ wird debattelos bewilligt.

Bei Titel 3 „Sachliche Ausgaben“, Bekleidungskosten der Marineinfanterie“ bringt

Abg. Hamma'cher (natlb.) die Petition einer rheinischen Handelskammer zur Sprache, die sich beklagt,

daß die Tuchlieferungen nicht im Submissionswege vergeben würden

Director im Reichsmarineamt Wilhelmien erwidert, daß jetzt eine beschränkte Submission stattfindet.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Kapitel 55, 56, 57, 58 und 59 werden debattelos nach den Commissionsbeschlüssen genehmigt.

Bei Kapitel 60 Instandhaltung der Flotte und der Werstanlagen, Titel 1 elf Ressortdirectoren wird das System der Dienstalterszulagen für die Marinesecretäre bei den Werstverwaltungen zwischen dem Abg. Ricker't (freis. Vgg.) und dem Staatssecretär Hollmann erörtert.

Abg. Legien (Soc.) bespricht die Entlassung von 500 Arbeitern der Kieler Werst, die im letzten Jahre erfolgt sei, obwohl die Arbeiter um eine Verkürzung der Arbeitszeit gebeten hätten, damit sie nur beschäftigt blieben. Darauf sei aber der Staatssecretär des Reichsmarineamtes nicht eingegangen, ohne daß er Gründe dafür angegeben hätte. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die zahlreichen Einwohner der Gemeinde Gaarden, die fast nur auf die kaiserliche Werst angewiesen seien.

Staatssecretär Hollmann (auf der Tribüne fast unverändert): Es ist der Marinerverwaltung ja unangenehm, heute jedoch, morgen jedoch Arbeiter zu beschäftigen, aber wir befinden uns in einer Nothlage. Wir haben großen Bedarf an Arbeitern zu den Zeiten, wo die Marschbrigg'schiffe ausgebeuert werden. Wenn wir allen Arbeitern weitere Beschäftigung geben wollten, müßte die Arbeitszeit verkürzt werden. Es ist ja Pflicht einer wohlwollenden Verwaltung, die Arbeiter möglichst dauernd zu beschäftigen. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit waren die Ansichten der Arbeiter selbst sehr getheilt. Die älteren Arbeiter, die für eine Familie zu sorgen hatten, stimmten für Beibehaltung der vollen Arbeitszeit, die jüngeren Arbeiter aber für Verkürzung. Soweit es in der Kompetenz der Verwaltung liegt, sorgt sie für das Wohl ihrer Arbeiter, sie entläßt sie nicht gern. Immer läßt sich das jedoch nicht vermeiden.

Abg. v. Staudhoff (Natlb.) erklärt, die Antwort des Staatssecretärs nicht gehört zu haben. Die Arbeiterentlassungen seien eine nothwendige Folge der im vorigen Jahre nicht erfolgten Bewilligung neuer Schiffsbauten. Bevor die Socialdemokraten sich über Arbeiterentlassungen beschwerten, sollten sie lieber die Forderungen der Marinerverwaltung erfüllen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hamma'cher (natl.) tritt diesen Ausführungen bei. Die Socialdemokraten hätten die Beschäftigung der Arbeiter auf den Werften in der Hand, sie brauchten nur die neuen Schiffsbauten zu bewilligen. (Erneutes Lachen bei den Socialdemokraten.) Ueber die Socialdemokraten gäben den Arbeitern immer Steine statt Brot.

Abg. Legien (Soc.): Der Staatssecretär hat, darauf mache ich die Abgg. v. Staudhoff und Hammerstein aufmerksam, selbst zugegeben, daß der Wechsel in der Zahl der Arbeiter auf der Werst in Kiel nicht eine Folge der Nichtbewilligung für Neubauten ist, sondern daß dieser Wechsel alljährlich eintritt. Beide Abgeordnete scheinen das überhört zu haben und die Gelegenheit benutzen zu wollen, gewissermaßen einen Druck auf uns auszuüben, um nach außen zu bewirken, daß wir fürderhin für die Forderungen der Marine stimmen sollen. Das ist auch die Absicht der Broschüre „Dort mit der Marine“. Der Autor hat nicht einmal gemagt, seinen Namen unter das Schriftstück zu setzen. Wenn es nach der Socialdemokratie gegangen wäre, wären überhaupt die Arbeitermassen in den Werften von Kiel, Wilhelmshaven und Danzig nicht angehäuft worden. Wir haben uns von vornherein gegen jede Marineforderung erklärt. Sie aber, meine Herren, sind diejenigen, die nach den Bewilligungen die Verantwortung tragen und hätten

alle Ursache dafür zu sorgen, daß die durch Ihre Bewilligung zusammengezogenen Arbeiter nicht auf die Straße gesetzt werden. Die Schuld ist also nicht die unfere, sondern Ihre. Nach Ihrer Logik müßten wir schließlich alles bewilligen. Und dabei hat Herr Dr. Hamma'cher selber, glaube ich, die Forderung von 2 1/2 Millionen für Torpedos abgelehnt. (Sehr richtig, links.) Gerade die von der Entlassung betroffenen Arbeiter stimmen uns Socialdemokraten in unserer ablehnenden Haltung den Bewilligungen gegenüber zu. Die in Kiel entlassenen Arbeiter haben in einer Versammlung erklärt, daß, trotzdem sie dadurch in Noth gerathen, daß weitere Arbeiten in der Marine nicht gemacht werden, sie sich doch auf den Standpunkt stellen, daß vor der Hand weitere Marinebewilligungen nicht gemacht werden. Jene Arbeiter wissen ganz genau, daß das, was sie eventuell von der Werst als Lohn bekommen, durch das indirecte Steuersystem, welches Sie aufrecht erhalten, ihnen und der Arbeiterklasse aus der Tasche herausgezogen wird, daß eben diese indirecten Steuern von den nothleidenden Schichten des Volkes aufgebracht werden. Im Interesse des Gemeinwohles erklären diese Arbeiter: es muß gegen jede Marineforderung gestimmt werden. Ich möchte Ihnen raten, sich ein klein wenig von diesem Sinne für das Gemeinwohl selber anzueignen. Herr Dr. Hamma'cher meinte auch, es wäre eine Ungerechtheit, wenn die Arbeitszeit verkürzt und ein größerer Theil der Arbeiter zu niedrigeren Löhnen beschäftigt würden. Ja, Herr Dr. Hamma'cher, auch die Arbeiter, die das verlangen, handeln im Interesse ihrer Kollegen. Sie wollen sich mit niedrigeren Löhnen begnügen, um die anderen Kollegen nicht zur Entlassung kommen zu lassen. Auch das ist ein Beweis für das Solidaritätsgefühl in Arbeiterkreisen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) — Der Herr Staatssecretär hat einen Grund für die Arbeiterentlassungen nicht angegeben. Er erklärte selbst, die Arbeiter finden in Kiel keine Beschäftigung. Darauf sollte die Verwaltung Rücksicht nehmen. Weshalb nun trotzdem keine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt ist, die der Entlassung vorgebeugt hätte, dafür hat der Staatssecretär keinen Grund angegeben. Er sagte nur, der Wohlfahrtsausschuß hätte sich damit beschäftigt und die älteren Arbeiter hätten sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. Soweit ich von Werstarbeitern unterrichtet bin, ist das nicht der Fall, sondern die Masse der Arbeiter, und grade die älteren, die da wissen, was es heißt, mit der Familie brotlos zu werden, haben sich für die Verkürzung ausgesprochen. (Sart, hört, links.) Und selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, die Rücksichtnahme auf das Wohl der Arbeiter hätte die Werstverwaltung bestimmen sollen, trotz des Widerspruchs der älteren Arbeiter, eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Wenn man uns erklärt, daß bei den Staatsbetrieben auf das Wohl der Arbeiter am meisten gesehen werde, so beweise man es durch Thaten. Ueber diese Entlassung einer großen Zahl von Arbeitern unter Umständen, wo es klar und deutlich ist, daß sie am Ort keine Beschäftigung finden können, also mit Weib und Kind in bitterste Noth gerathen müssen, zeigt uns, daß man nicht gewillt ist, die Staatsbetriebe thatsächlich zu dem zu machen, was sie angeblich sein sollen: Mutteranstalten! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssecretär Hollmann: Ich muß Herrn Legien berichtigen, die Schiffsbauten haben selbstverständlich erheblichen Einfluß auf die Beschäftigung der Arbeiter. Sonst brauchen wir Arbeiter nur für Reparaturen, sind diese beendet, dann müssen eben Arbeiter entlassen werden (sehr richtig rechts).

Abg. Ricker't (freis. Vgg.) Der Hauptschaden bei der in Rede stehenden Angelegenheit liege in der Unregelmäßigkeit der Neubewilligungen. In einem Jahre sind 10 Millionen, im zweiten Jahre 32 Millionen bewilligt worden. Erst werden ungeheure Mengen Arbeiter herangezogen, dann werden sie plötzlich entlassen. Uebrigens sind in letzter Zeit

„Die Weber“

von Gerhart Hauptmann, zur Förderung aller Guten und Edlen, bearbeitet von Herrn v. Kölller.*)

(Ein geräumiges graugelbtes Zimmer in Dreißiger's Haus zu Peterswaldau. Die Weber sind zur Auszahlung erschienen. Die Uhr zeigt Zwölf. Die meisten der harrenden Weberleute gleichen Menschen, die auf weichgepolsterten Stühlen über alle Welt zu Gericht sitzen. Allen haftet etwas Schmüthiges, Stolzliches, eire kaum zu bändigende Lebenslust an. Die Männer einander ähnelnd, sind wohlgenährt, gepflegt, glatt rasirt. Die jungen Mädchen sind reizend, sehr chic gekleidet, mit üppigen Formen und großen, lustigen Augen.)

Pfeifer (der Expedient; er ist schluchsig, ärmlich und hat etwas Gedrücktes): Elf Silbergrößen.

Weber Reimann (das Geld nicht anrührend, welches der Cassier ihm aufgezählt hat): Mer hat'n doch jetzt immer reinieckalb Beemen kriegt fer a Webe.

Pfeifer (leise): Ja, das wird jetzt immer a. d. d. s. Jetzt kriegt' er eben elfe; euch kann's ja recht sein.

Weber Reimann (grob): Aber was de Fabrikante, der Herr Dreißiger is, dem geht's doch noch schlechte. Zwingen kann a's doch nich. Er hat schon viele Woche kein Schlaf in a Auge gehabt, da kann mer sich doch nich det viele Geld nähm' von ihm.

Pfeifer (schüchtern): Nacht n. a. s. Herr Reimann. Wer gut webt, der gut lebt. Ihr arbeitet und müßt auch tüchtig gezahlt werden.

Weber Reimann (barsch): Nee, nee. Pfeifer (bittend): Wollt Ihr's Geld nich nehmen?

Weber Reimann: Ich kann mich durchaus a so nich zufrieden geben.

Pfeifer: Wollt' er mehr! (zum Cassier): Bier-zehn Si bergroschen.

Weber Reimann (haut auf den Tisch).

Der Fabrikant Dreißiger tritt auf. Hüftelnd, ärmlich, haftet ihm etwas Eigenthümliches an, wie Einem, der von Demüthigung zu Demüthigung schreitet.

Dreißiger (l. se und schüchtern): Was is denn, Pfeifer, was wollen die Leute?

Pfeifer: Nicht zufrieden sind sie.

Dreißiger (ängstlich): Geben Sie mehr, geben Sie, was verlangt wird.

Viele Weber: Aber Herr Dreißiger! Es geht Ihnen a so schlecht! Sie zahl'n zu viel, Sie müssen doch auch satt zu Esse hab'n, Sie als Fabrikante.

Dreißiger (jütternd): Ach, essen! (Er stößt einen langen Seufzer aus und fällt um.)

Verschiedene Weber und Weberfrauen: Er is rein hingeschlagen! Is 's etwa de Kränke oder was?

Weber Reimann (befehlend): Facht mal mit an, wir wolla ihn mal aufheben. Dringen Sie mal Wasser, Pfeifer.

Pfeifer (bebend): Ach ja, Herr v. Reimann.

Weberfrau: Machen Sie sich nich etwa Dinge, lieber Herr Dreißiger und sterben!

Weber Reimann: Ober Cognac, Pfeifer, Cognac is besser!

Der Cassier (ein ausgemergelter, krücker Mensch,

voll schmerzlicher Erbitterung zu d-n Webern): Geb'n och was zu fressen, da wird a schon zu sich kommen.

Der alte Baumert: Er hat was gesagt, er bewegt die Lippen.

Weber Reimann (mitleidig): Was — wollen Se denn, Dreißiger?

Dreißiger (haucht): Mich . . . hungert!

Weber Reimann: Tragt ihn fort, zu mir nach Hause, meine Frau soll ihm auch was zu essen geben.

(Dreißiger wird hinausgetragen.)

Die Weber (untereinander): Des kann nich' a so weiter gehen. Wir werden zu gut bezahlt. De Fabrikante gehen zu Grunde, — de Fabrikante wollen auch lebe, — sind auch Menschen. (Die allgemeine Erbitterung wächst, man hört die wüthenden Ausrufe: „Weniger Lohn! — Mehr Arbeit!“ aus der Menge.)

Weber Reimann: Da fult Ener 'mal nach Berlin und den großen Herrn das Geld von de Fabrikante vorstelle.

Der alte Baumert: Zu a Minister v. Kölller, der meent's auch gut mit de arme Leute.

Der Cassier (erbittert): Ja zu Kölller, der hat nur a Herze für die Weber, alles nur für die Weber.

(Er ringt verzweifelt die Hände.)

(Draußen hört man die Weber, die in's Wirthshaus gehen, das gute, sanfte Weberlied singen):

O Kölller, Herr der „Weber“, Dem Arm und Reich sich neigt,

O Kölller, Herr der Dichter, Der Bühnen reformirt, —

(Der Vorhang fällt.)

* Aus der „Wiener Allg. Ztg.“

nicht erhebliche Massentlassungen vorgekommen, der jetzige Stand von 10,700 Arbeitern muß ein ziemlich hoher genannt werden. Zu verlangen ist doch aber auch nicht, daß wir nur um Arbeit zu schaffen, die Bauten neuer Schiffe bewilligen sollen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) will nochmals vor dem Lande constatieren, daß die Socialdemokraten keine Kriegsschiffe und kein Heer wollten. (Unruhe.) Wenn die Kieler Werftarbeiter so beschränkt seien, daß sie die Nothwendigkeit neuer Schiffsbauten nicht einsehen, dann könne er deren Entlassung nicht bedauern. Diese Arbeiter seien dann leider von den socialdemokratischen Führern zu dem Glauben verleitet, daß ein Staat überhaupt ohne Steuern existiren könnte. (Beifall rechts.)

Abg. Sebel (Soz.): Zunächst möchte ich berichtigend feststellen, daß von unserer Seite noch niemals ausgesprochen worden ist, daß wir kein Heer und keine Marine wollen, auch der Abg. Legien hat das nicht gesagt. Herr v. Kardorff hat hier eine Unterstellung gemacht, zu der Ihnen Abg. Legien keine Veranlassung gegeben hat. Unsere Stellung zu Heer und Marine haben wir oft, zuletzt bei der neuen Militärvorlage klargelegt. Daß es sich um eine principiell andere Stellung zu der Organisation dieser beiden Institutionen handelt, sollte man allmählich in diesem Hause auf allen Seiten wissen, namentlich auch auf der Seite des Herrn von Kardorff. Aber die Anschauungen, die heute die Herren uns entgegengetragen haben, würden comicquenter Weise dazu führen, daß jede Forderung, die hier in Bezug auf Marine oder Militär gestellt wird, von uns bewilligt werden müßte, weil damit ja auch bis zu einem gewissen Grade eine Mehrarbeit für die Arbeiter verbunden ist. Das Geld wird zum größten Theil für Zwecke ausgegeben, die bald diesem, bald jenem Industriezweig zu Gute kommen. Aber um folgern zu wollen, weil dem so ist, müßten wir auch nun untererens die geforderten Bewilligungen gut heißen, das ist wirklich, ich möchte sagen, ein lächerlicher Standpunkt. (Unruhe rechts.) Aber auch Sie sind ja gar nicht gewillt, diesen Standpunkt zu acceptiren, auch Sie waren vor einem Jahre wenigstens sehr wenig geneigt, neue Mehrforderungen zu bewilligen. Sie haben vielmehr geurtheilt, daß selbst wir ein Vergnügen daran gehabt haben. Damals waren allerdings bestimmte Gründe für Sie vorhanden. — Heute sind Sie in einer anderen Situation, heute bewilligen Sie noch mehr als damals, aber doch immer noch nicht soviel als verlangt wird. Unser Standpunkt ist ungemein einfach. Wir vertreten das allgemeine Interesse (Widerbruch rechts), natürlich wie wir es verstehen und aufassen. Daß unser Standpunkt ein bimmeliweit verschiedener von dem Ihren ist, zeigt sich bei jeder Verhandlung, die wir hier führen. Wir haben uns auch nicht heimlich, daß keine Arbeit vorhanden sei. Wenn der Staat in seinen Werken keine Arbeit hat, so sind wir die letzten, die sagen: Du mußt Arbeit schaffen. Hier war aber Arbeit vorhanden und es handelte sich darum, die Arbeit zu einzuteilen, daß alle Arbeiter beschäftigt werden. Das war die ganze Forderung. Es sind 500-600 Arbeiter entlassen worden im vorigen Frühjahr. Abg. Legien meinte mit Recht, daß die Entlassung lang nicht so viele Arbeiter hätte betreffen dürfen, wäre die Arbeit anders eingetheilt worden, durch Verfüzung der Arbeitsstätten. Auch Herr Hüder hat das ja zugegeben. Das ist keine socialistische Forderung, das thut schon heute jeder humane Privat Arbeitgeber. Als ich früher noch ein Geschäft hatte, habe ich lieber die Arbeitsstätten um ein Viertel vergrößert, als daß ich ein Viertel der Arbeiter entlassen hätte. — Nun sagte Herr von Kardorff, wir sind fongeleit gegen indirecte Steuern und wir müßten ganz genau, daß das viele Geld, was gebraucht wird, durch die Besteuerung nicht aufgebracht werden kann, um so weniger als wir Socialdemokraten den Arbeiter überhaupt nicht direct besteuern müssen wollen. Herr von Kardorff behauptet da Dinge ins Blaue hinein. Für die er absehl keine Unterlage hat. Wir verlangen weiter nichts, als daß ein gewisses Einkommensminimum steuerfrei ist. Aber bei einer Aufhebung der indirecten Steuern würden wir es ganz gerechtfertigt finden, daß die Arbeiter entsprechend ihrem Einkommen zu den directen Steuern herangezogen werden. (Zuruf rechts.) Je wohl, ich habe durchaus nichts dagegen, daß ein Arbeiter, der 600 Mark Einkommen hat, entsprechend Steuern zahlt. Nehmen Sie 1 Procent, 1½ Procent von solchem Einkommen, dann wird die Steuerlast noch bedeutend niedriger sein, wie die, die die Arbeiter durch die indirecten Steuern aufzubringen haben. (Beifall rechts, bei den Socialdemokraten.) Da die indirecten Steuern mit der Steuerzahl der Familie wachsen, kommt auf eine zahlreiche Familie oft die Summe von 20 bis 100 Mark, wenn verglichen mit dem Betrag der Einkommensteuer aus der Lohnzahl, dann haben wir durchschnittlich auf den Kopf der deutschen Reichsbevölkerung 14 Mark Steuer und auf eine 5 bis 6 Köpige Familie Arbeiterfamilie 70 bis 90 Mark Steuer. Also die Arbeiter von den directen Steuern frei zu lassen, soll uns gar nicht ein: im Gegenheil, wir wollen auch die directe Besteuerung deshalb voransetzen, daß sie eine gerechte und gerechte mit der Höhe des Einkommens hangende ist, um die- selben, damit jeder Einzelne weiß, was dieser lothbare Staat (Heiterkeit) ihm eigentlich kostet. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hamacher (Soz.): Herr Sebel ist ein sehr geschickter Redner, er hat die Blößen, die sich dem Lande zeigen, geschickt zugeben. Aber den Standpunkt der Socialdemokraten, die gegen den ganzen Staat inimmern, jede Bewilligung verweigern, konnte ich doch bei der Prüfung unmöglich zu eigen machen.

Abg. Kardorff (Rp.) gegen den von Sebel erhobenen Vorwurf der Unerschlichkeit vertheidigt hat, wird die Discussion geschlossen.
Der Titel 1 wird bewilligt.
Bei Titel 2 tritt
Abg. Fehsen (natl.) für eine höhere Befähigung der Oberlehrer und Reichslehrer ein.
Abg. Rath (natl.) legt mögliche Berücksichtigung dieser Forderung zu.
Der Kapitel wird ohne weite Debatte bewilligt.
Bei Kapitel 51: Waffenwesen und Bezeichnung.
Abg. Richter (natl.) fragt, ob es nicht möglich sei

Ersparnisse bei dem Salutschießen innerhalb der eigenen Marine eintreten zu lassen. Schiffe, die sich begegnen, knallten sich in ganz überflüssiger Weise an. (Heiterkeit.) Er wüßte, daß das Reichsmarineamt einmal eine Statistik über das Salutschießen aufmache. (Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Kapitels.
Der Rest der dauernden Ausgaben wird darauf ohne weitere Debatte bewilligt.

Es folgt die Berathung der einmaligen Ausgaben, zunächst der geforderten neuen Panzerschiffe.
Rufe aus dem Hause: Vertagen, vertagen!
Vizepräsident von Bülow bittet den Referenten noch zu hören. (Es erfolgt kein Widerspruch.)

Abg. Dr. Lieber (Centrum) giebt den Bericht über die Verhandlungen in der Commission, die außer verschiedenen Schlußfragen für schon im Bau befindliche Panzerschiffe vier neue Kreuzer bewilligt, aber die Summe von 2,400,000 Mark zur Herstellung neuer Torpedoboote gestrichen hat, auch bei einer Forderung zur Vergrößerung der Kohlenlager von 650,000 Mark 230,000 Mark abgelehnt hat.

Die Weiterberatung wird darauf auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Tagesordnung: Rest des Marinetaats und Etat des Reichsheeres.
Schluß 5 Uhr.

Die schlesischen Weber in vergangenen Jahrhunderten.

(Schluß.)

Besonders harte Zeiten herrschten von 1770 bis in den Spätsommer 1772 hinein. Friedrich II. ließ die Getreidemagazine öffnen und an die Armen Mehl verteilen unter der Bedingung, daß sie es in zwei Jahren bezahlten oder dafür Schanzarbeit leisteten. Ein amtlicher Bericht sagt über diese Periode: „Die Noth des armen Gebürges ist ohnehin groß und wird immer . . . härter, so daß ich nicht mehr weiß, die Steuern auszupressen, da die Leute Kleider, Betten und alle Mobilia verkauft haben.“ In die eintönige, dumpfe Nacht dieses Landes dringt ein Lichtstrahl: selbst in die weitestgelegenen Hütten dieser armen aller Proletarier dringt die Kunde von der großen französischen Revolution und erzeugt in ihren Gehirnen das lebhafteste Verlangen nach menschenwürdigem Verhalten. Die schlesischen Weber halten — wir sind im Jahre 1793 — nächtliche Versammlungen ab, lesen verbotene Bücher, singen im Chor aufreißerische Lieder. Von Hand zu Hand wandern „Aufsührer!“ gar neuen und unerhörten Inhalts: „Der König führt unsere Kinder fort an fremden Ort und werden uns erschlagen. Kein Feind hat uns gesohten an. Ihr lieben Leute hört an, wir wollen anders werden. Wenn wir um Hilfe bitten, da hört es Niemand. Die Edelleute mögen schanden, wie sie wollen, da fragt kein König nichts darnach; wenn aber den Armen was soll erleichtert werden, da magt ein jeder alles dran. Das ist erschrecklich leben!“ — „Wenn wir Veränderung kriegen von den Edelleuten, so versprechen wir Ruhe, sonst bricht die Welt mit Schweren auf.“ — „Wenn die Herrschaften werden sein erschlagen, darnach wird es besser werden.“ — Die Soldaten sind unsere Kinder, die werden uns geschwind zu Diensten stehen. Ueberlegt es wohl, Bisat, es leben die Franzosen!“ Ende März, 1793 brachen denn auch die Karren aus: Die Weber überfielen die Händler, verhafteten sie tüchtig, zerstörten Häuser und Gärten. Soll doch ein Kaufmann einem Weber, der über den niederen Seidenwandpreis klagte, zugerufen haben: „Ihr könnt Hen und Stroh streifen.“ Die Bewegung wurde sofort unterdrückt, die Räubersführer bestraft und den Kaufleuten der offene Betrag zu unterlegen verurteilt. Die Weber sahen ein, daß, wie sie ihr guter König beehrte, in ihre schwarzen Gewänder, die nicht fertig sein, Wahrheit vom Schein zu unterscheiden, verkehrte Begriffe von Freiheit und Gleichheit Eingang gefunden hatten und so manchen sonst gut gekleideten Professionsisten und Arbeiter aus der niederen Volksschicht zur Unzufriedenheit mit seiner Lage gereizt, ihm bessere Verhältnisse vorgezeichnet, unerreichbare Wünsche in ihm erregt und zur Gewinnung derselben geeignete Mittel vorgezogen“ hätten. Die Weber hätten zur Veranlassung jurirt. Sie wurden so vernünftig, daß sie, als im Winter wieder eine Hungersnoth ankam, sich nicht rührten; ein Beamter berichtet, das Gland habe sie völlig getroffen, sie ließen sich jede Behandlung gefallen. In manchen Orten wurden gefallene Thiere aus der Schandegrube geholt und verzehrt. Ein Bürgermeister aber, darüber befragt, erklärte, dies sei kein Zeichen der Noth, dergleichen eyes die Leute auch in guten Zeiten!!! Das neue Jahrhundert bringt den Webern die lange Noth der Kriegsjahre und die fürchterliche, durch die Souveränitätspolitik verursachte Noth. Doch gehört dies nicht mehr zu unserem Thema; noch selbst, wie bereits bemerkt, das

Weberelend unserer Zeit den Gegenstand einer eigenen Literatur.

Zum Schluß nur noch Einiges über den Stand dieser Industrie selbst. Gewiß sie hat einzelnen Unternehmern immense Gewinne eingebracht; der chronische Hunger der Weber hat ihren Ausbeuern dicke Bänche verursacht; ja, der Mehrerwerb hat kraft seiner übernatürlichen Fähigkeit ein noch größeres Wunder verübt: Er hat die Unternehmer nicht nur reich, er hat sogar aus dem wuchernden, betrugenden, füzigen Krämergeland einen vollgiltigen, anerkannten, grundbesitzenden Adel geschaffen; die „Edelsten der Nation“ in Schlesien sind oft nur Nachkommen derjenigen, von welchen der Rath des kaiserlichen Commerz-Collegs Pecher sagte, sie seien die Blut- und Saug-igel eines Staates, der Tod und Untergang, desselben End: — welche allein auf ihren Profit sehen, das Land schinden, schaben und auffaugen . . .“ Mit dem Wohlergehen einzelner Arbeiter ist aber ganz gut vereinbar, daß eine Industrie durch Schuld der ersteren zu Grunde gerichtet wird. Das wird zur Nothwendigkeit, wenn die Production einfach industrieller Haubwaren wird. Das Hauptabzagebiet für schlesische Leinwand waren, wie bereits erwähnt, Holland, England und Spanien, beziehungsweise noch dessen Colonien. Als seit Ende des 17. Jahrhunderts in Irland die Leinenindustrie begründet und durch eine Schutzpolitik gefördert worden war, in dem Maße, als die Interessen der Fabrikanten den Sieg davontrugen über die natürlich am Freihandel interessirten Kaufleute Londons, war man in Schlesien nicht sonderlich geschreckt; man wies auf die niedrigen Löhne Schlesiens hin, nur ermöglicht durch die Untertänigkeit der Arbeiter, womit natürlich die Löhne freier Arbeiter, und waren es selbst auch die beschäftigten irischen Löhne, nicht concurriren konnten. Aber es zeigte sich bald, daß eine Industrie noch anderer Grundlagen bedarf für die Concurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, als bloß niedere Löhne. Die englische Leinenindustrie überflügelte bald die alte schlesische, vor allem durch ihre vorgeschrittene Leinwand. Dazu kam noch ein Zweites: Die schlesische Waare war verächtlich schlecht. Der hungernde Flachsbauer bezog den Spinner, dieser bezog den Weber, dieser den Kaufmann und dieser die Kundenschaft. Es hörten die Klagen nicht auf über die schwindelhaften Manipulationen namentlich der Kaufleute, die den Export ruinirten. Alle Mittel dagegen blieben vergeblich: es regnete Patente über Patente mit Strafandrohungen für derartige Schwindelien, es wurde — ganz im Sinne des Merkantilsystems — eine „Musterchau“ eingeführt, die die gute Qualität der Exportwaare sichern sollte. Natürlich ohne Erfolg; denn eine derartige Industrie muß schlecht produciren.

Das Facit also ist: Eine Industrie, die sich concurrenzfähig zu erhalten sucht durch unsamste Ausbeutung und schmutzigen Betrug, wird durch eine technisch fortgeschrittene geschlagen. Es giebt aber heute noch manchen Industriezweig, der nach genau denselben Principien arbeitet, mit dem natürlich unausbleiblichen Erfolge. (W. A.-Z.)

Locales.

Breslau, den 1. März 1895.

* Stadtverordneten-Versammlung. Im Sitzungssaale der Stadtwaer geht es für gewöhnlich ziemlich ruhig ab, längere Reden insbesondere bekommt man verhältnismäßig selten zu hören. Gestern aber haben sich unsere Stadtväter ganz außerordentlich angeleugert und uns Zeug gelegt. In der ersten großen Debatte handelte es sich um Licht und Beleuchtung, um neue Erfindungen und deren Anwendung. Der Herr Referent über den Bericht der Gasrechnungs-Revisionscommission, über Prüfung der Rechnung von der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke pro 1893 und 1894 kam in seinen Ausführungen auf ein neu erfundenes Leuchtgas, das Acetylen zu sprechen, welches eine außerordentliche Leuchtkraft besitzen soll. Da man in Breslau in nächster Zeit eine Erweiterung des städtischen Electricitätswerkes vornehmen will, so glaubte der Referent an den Magistrat die Frage stellen zu müssen, was er von diesem Acetylen hält. Ferner empfahl Nebner, das Auer'sche Glühlicht in den Schulen einzuführen; es will ihm dünken, so bemerkte er, als wenn es damit viel zu langsam ginge. Stadtrath Mühl be- eilte sich sofort, hinsichtlich des Acetylen seine Meinung dahin auszusprechen, daß diese Erfindung zur Zeit keine Veranlassung geben könne, den bereits getroffenen Maßregeln zur Erweiterung des städtischen Electricitätswerkes Einhalt zu thun. Die Erfindung habe zwar in den be- heiligten Kreisen großes Aufsehen erregt, aber es

ständen sich doch die Ansichten über die Verwerthung, den Preis u. s. w. des neuen Gases ziemlich scharf gegenüber; die ganze Angelegenheit erscheine daher noch nicht spruchreif. Nachdem nun so die Stichfrage gehörig angeschnitten war, nahmen ungefähr ein halbes Duzend Redner das Wort, um in der Sache ihre Meinung abzugeben. Als bemerkenswerth möchten wir noch auf die Ausführungen des Stadtrath's Hof eingehen, welcher über die bisherige Verwendung des Auer'schen Glühlichtes zur Straßenbeleuchtung berichtete. Gegenwärtig seien 60 Laternen mit Auer'schem Glühlicht versehen, u. A. die Neuschestrasse. Die Bedienung dieser Laternen bei gewöhnlichem Gas erfordere 667 Mark; die Bedienung derselben Laternen mit Gasglühlicht koste ungefähr das Doppelte. Während nämlich von einem Wäiter 70 Laternen mit gewöhnlichem Gas bedient werden können, vermag er nur 30 Laternen mit Auer'schem Glühlicht zu bedienen. Die Ersparung beim letzteren liege nur daran, daß der Gasverbrauch fast um die Hälfte verringert wird. Nach den bis jetzt gesammelten Erfahrungen kosten die 60 Laternen mit Glühlicht 850 Mark und werde man es vorläufig bei dieser Zahl bewenden lassen. Nach den weiteren Ausführungen des Redners ist das Auer'sche Glühlicht zwar empfehlerwerth, es leide aber noch an Unvollkommenheiten, die es zur Zeit unmöglich machen, dasselbe in größerem Maße zur Anwendung zu bringen; vor allem die sogenannten „Strümpfe“, welche bei dieser Beleuchtungsart ebenso nothwendig, wie empfindlich seien und daran schuld haben, daß das Auer'sche Licht noch keine allgemeine Verbreitung finden konnte. Wie aus dieser Debatte zu ersehen ist, zeigten sich gestern unsere Stadtväter als Freunde des Lichts und guter Beleuchtung, daß sie es in der That wären und stets energisch auf diesem wie auf allen anderen Gebieten vorwärts gehen, wie sie es thun müßten, möchten wir aber doch bezweifeln. — Die zweite große Rede, die gestern geschlagen wurde, zeigt so recht, mit welcher Angestrengtheit und Jaghaftigkeit man an die Lösung von bedeutenden Aufgaben herantritt, wie wenig man sich vom Allhergebrachten trennen kann, um dem Drange der Zeit Rechnung zu tragen und mit der Entwicklung fortzuschreiten. Einer der Stadtväter, Herr Haynauer, war ehrlich genug, einzugestehen, daß die Alten eben veraltet sind; wenig lichtvoll dagegen klang es, als ein anderer der Stadtväter, Herr Müller, der noch dazu Chemiker ist, mit großer Lungenkraft die Ansicht aussprach, daß man nicht experimentiren soll, wenn man nicht weiß, ob der Erfolg sicher ist. Es stand nämlich die Frage der Reformschule zur Berathung, der Antrag, in Breslau das Realgymnasium zum heiligen Geist in eine Reformschule und zwar von Ostern dieses Jahres ab, umzuwandeln. Was zwingt uns denn, so rief Herr Müller aus, diesen Versuch zu machen, und andere Stadtväter sagten wieder, mag doch der Staat auf diesem Gebiete vorangehen. Das ist so der Standpunkt eines Theiles der Stadtväter überhaupt: immer langsam voran. Wie weit man mit einem solchen Vorgehen kommt, läßt sich in gar vielfacher Hinsicht nachweisen. Einige der Herren schienen denn auch etwas mehr vom Geiste der Zeit durchdrungen zu sein und sie gaben ihren Vortrednern zu verstehen, daß sie mit ihren Ansichten nicht auf der Höhe der Zeit ständen und ihre sonstigen Einwände wenig stichhaltig sind. Auf die Ausführungen des Herrn Müller erwiderte unter Anderem der Stadtschulrath, daß man mit vollen Rechten auch fragen könne, warum Breslau überhaupt höhere Schulen errichtet habe; die Frage, ob die Schüler auf einer Reformschule nach gymnasialem System dieselben Berechtigungen haben, wie die Schüler des Gymnasiums, beantwortete er im bejahenden Sinne. Der sehr ausgedehnten Debatte mußte durch Annahme eines Schlusstrages ein Ende gemacht werden; die Abstimmung ergab die Genehmigung der vom Magistrat und dem Schulausschuß gestellten Anträge. Damit ist endlich auch die Frage der Reformschule, mit der sich die Stadtverordneten-Versammlung bereits vielen Monaten beschäftigte, für sie vorläufig erledigt. Die gründliche Umgestaltung des gesamten Schulwesens bleibt freilich noch der Zukunft überlassen.

Zur Annahme gelangte darauf noch der Antrag des Magistrats betr. die Conventur einer städtischen Anleihe. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung.

* Aenderung des Klagegrundes im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht. Von einem Schiedsgericht war dem Kläger, welcher auf Altersrente rechtsgültig verzichtet, dann Invalidenrente verlangt und erst in dem von der Beklagten nicht wahrgenommenen Termin zur mündlichen

Verhandlung vor dem Schiedsgericht einen neuen Antrag auf Gewährung der Altersrente gestellt hatte, diese letztere Rente zugesprochen worden, ohne daß der beklagten Versicherungsanstalt vorher Kenntniß von der Aenderung der Klage gegeben wäre. Das Reichs-Versicherungsamt hat hierin einen wesentlichen Mangel des Verfahrens erblickt und in der das Urtheil des Schiedsgerichts aufhebenden Revisionsentscheidung vom 31. October 1894 Folgendes ausgeführt: In einer Revisionsentscheidung, der zufolge auf dem Gebiete der Invaliditäts- und Altersversicherung die Aenderung des Klagegrundes in der Berufungsinstanz im Allgemeinen zulässig ist, wird von der Annahme ausgegangen, daß der beklagten Versicherungsanstalt die Möglichkeit geboten war, ihre Rechte auch gegenüber dem geänderten Rentenanspruch zu wahren und etwaige Gegenansführungen zu machen. Diese Voraussetzung trifft im vorliegenden Fall nicht zu; denn die Beklagte hat von dem erst im Verhandlungstermin vom 10. Februar 1894 gestellten und im Termin vom 21. Februar 1894 wiederholten Coeventualantrage des Klägers auf Gewährung der Altersrente, ohne daß ihr die Nichtwahrnehmung dieser zur Verhandlung über den Invalidenrentenanspruch anberaumten Termin zum Vorwurf gereichen könnte, nach Ausweis der Schiedsgerichtsacten keine Kenntniß erhalten.

Wie nun bereits in einer Revisionsentscheidung ausgesprochen ist, müssen behufs Aufklärung der Gegenpartei darüber, auf welchen Grundlagen die mündliche Verhandlung stattfinden werde, außer der Berufungsschrift auch die weiteren wesentlich Neues enthaltenden Parteischriften den Betheiligten mitgetheilt werden, sofern ihr Inhalt in dem Verhandlungstermin selbst bei dem Ausbleiben der Gegenpartei Berücksichtigung finden soll, und er stellt die Nichtbeachtung dieser Grundsätze als einen wesentlichen Mangel des Verfahrens dar. Was aber dort von den schriftlich eingebrachten Parteierklärungen angenommen ist, wird unbedingt auch von den im Verhandlungstermin in Abwesenheit der Gegenpartei gemachten Ausführungen, wenn dieselben wesentlich Neues enthalten, zu gelten haben. Im vorliegenden Fall hätte somit die den ganzen ursprünglichen Klageanspruch ändernde Forderung der Altersrente in den Terminen vom 10. und 21. Februar 1894 der Beklagten und dem Staats-Commissar vor der Entscheidung über den neubegründeten Rentenanspruch mitgetheilt werden müssen. Das Unterbleiben einer solchen Benachrichtigung ist als ein wesentlicher Mangel des Verfahrens im Sinne des § 80, Ziffer 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes anzusehen, welcher zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung führen mußte.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 17. Febr. bis 23. Febr. 1895 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 67 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 230 Kinder geboren; davon waren 190 ehelich, 40 unehelich, 221 lebendgeboren, (102 männlich, 119 weiblich), 9 todtgeboren, (3 männlich, 6 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 210 (102 männlich, 108 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 52 (darunter 12 unehelich Geborene) 1 bis 5 Jahren 19, von 5 bis 10 Jahren 5, von 10 bis 15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 6, von 20 bis 25 Jahren 3, von 25 bis 30 Jahren 2, von 30 bis 40 Jahren 19, von 40 bis 50 Jahren 23, von 50 bis 60 Jahren 24, von 60 bis 70 Jahren 23, von 70 bis 80 Jahren 20, über 80 Jahre 8. — Es starben an Scharlach 2, an Malaria und Malaria 1, an Rose —, an Diphtheritis und Droup 6, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten —, an Unterleibstypus —, an acuten Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall —, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 12, an anderen acuten Darmkrankheiten 1, an anderen Infectionskrankheiten 10, an Krebs 16, an Gehirnschlag 7, an Krämpfen 6, an anderen Krankheiten des Gehirns 6, an Lungenwindsticht 39, an Lungen- und Luftschleim-Entzündung 26, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 4, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 10, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 9, an allen übrigen Krankheiten 56. In Folge von Verunglückung 2, in Folge von Selbstmord 1. Unbekannt 2, Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 30,04, im ersten Lebensjahre Gestorbene 7,44, an Lungenwindsticht Gestorbene 5,58.

Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 17. Februar bis 23. Februar 1895 wurden 50 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 14, an Unterleibstypus 1, an Rückfallfieber —, an Scharlach 21, an Malaria 13, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettfieber 1.

* Stadt-Theater. Freitag, gelangt die Oper „Tarmen“ zur Aufführung. — Sonnabend geht Goethes „Faust“ (I. Theil) in Scene. * Love-Theater. Freitag findet die siebente Aufführung des neuen Schwankes „Fernands Ehecontract“ statt; zur Sonnabend und Sonntag sind Doppel-Vorstellungen angelegt, die ausnahmsweise schon um 7 Uhr beginnen, und zwar gelangen „Fernands Ehecontract“ und Stowronnicks vieractiges Lustspiel „Satali“ zur Darstellung.

* Thalia-Theater. Sonntag gelangt Schillers Schauspiel „Die Räuber“ zur Aufführung. — Der Biletvorverkauf für diese Vorstellung findet Morgen, Sonnabend, von 10—3 Uhr bei L. M. Schlegler, Ring 10, 11, statt. * Concordia-Theater. Heute geht die Operettenposse „20000 Mark Belohnung“ zum 4. Male in Scene. Sonnabend fällt die Vorstellung aus. Sonntag wird „Maria und Magdalena“ von Paul Lindau zum ersten Male wiederholt. Für künftigen Mittwoch werden für das Benefiz des Herrn Bibale die Operette „Zehn Mädchen und kein Mann“ und „Die Hochzeitssreise“ einstudirt. Biletts zu diesen Vorstellungen sind täglich im Theater zu haben.

* Ein Eindreher drang in der Nacht zum 27. d. M. in eine Bahnhofsgebäude an der Striegauer Weiche ein und entwendete eine kleine hölzerne Wanduhr mit weißem Zifferblatt, zwei Fenstervorhänge, ein Paar Handschuhe, zwei Handtücher und Dienstformulare mit dem Aufdruck Breslau-Oberthor. Alsdann stieg er über einen Zaun in das benachbarte große Lauterbach'sche Grundstück und brach dort zunächst in die Bude der Arbeiter ein, wo er sich eine Axt und eine Brechstange aneignete. Hierauf verbrachte er die Nacht daneben befindliche Comptoirbude zu durchsuchen, doch widerstanden die innen mit Eisen beschlagene Thür und die am Fenster angebrachten Eisenstäbe. Um nicht ohne Beute abzugehen, stieg der Dieb in den über der Comptoirbude befindlichen Taubenhöfen und entwendete etwa sechs Paar Tauben, die er an Ort und Stelle tödtete.

* Unglücksfall. Als gestern Nachmittags von einem Hause in der Paradiesstraße Schnee und Eis nach dem Hofraume geworfen wurde, in welchem sich die mit einem Lichtfenster am Dach versehene Waschküche befindet, fiel ein schwerer Klumpen Schnee und Eis auf das Lichtfenster und zertrümmerte es. Die niederfallenden Scherben fielen einer gerade in der Waschküche weilenden Frau auf den linken Arm, der dabei mit langen, klaffenden Wunden bedeckt wurde. Die Schwerverletzte wurde in der Krankenanstalt Bethanien untergebracht.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängniß wurden am 27. d. Mts. 60 Personen — Abhängen kamen: ein Mann, ein Pelzträger, ein Paket Wäsche und Kleidungsstücke, eine goldene Büxennadel mit kleiner Perle, eine goldene Cylinderröhre, Nr. 19066, ein silberner Ring. — Gefunden wurde: ein Gummistuhl, ein Spazierstock, ein Pelzträger, eine Schlittendecke, eine Cigarrenspitze, ein Hundemantelford.

* Selbstmord. Gestern Vormittag wurde in einem Hause auf der Enderstraße ein Kutsher an der Thürflanke seiner Wohnung erhängt aufgefunden.

Socialdemokratischer Ver. in für Breslau und Umgegend. In der am 25. d. M. abgehaltenen Mitglieder-Versammlung, welche laut Tagesordnung sich nur mit Vereinsangelegenheiten zu befassen hatte, wurde, da durch das Nichterscheinen des Genossen Schütz die Regelung der Angelegenheit Schütz contra Winter unmöglich war, das Programm des Stiftungsfestes berathen. Die Anwesenden erklärten sich im Laufe der Debatte mit der Zusammenstellung des Programms einverstanden. Unter Verschiedenem wurde die Zweckmäßigkeit von Wander-Versammlungen für den Verein, von verschiedenen Rednern hervorgehoben, und fand die Diskussion hierüber damit ihren Abschluß, daß der Vorsitzende versprach, sich für die Lösung dieser Frage mehr als bisher zu verwenden. Auf eine Anfrage hin erstattet Genosse Kiepel als Commissionsmitglied Bericht über die Stellung zur Gehaltsfrage des Vorstandes, aus dem hervorgeht, daß die Commission ohne jegliche feste Unterlage, lediglich auf Voraussetzungen des Gen. Giezmann hin, sich Vorschläge ausgearbeitet hatte. Mit dem Bemerkten, daß die Commission ihre Schuldigkeit durchaus nicht gethan hätte und sich in der Folge besser informieren solle, wird die Sache an die Commission zurück verwiesen. Der Bibliothekar führte noch darüber Klage, daß die Vereinsmitglieder die entnommenen Bücher meist nicht zur richtigen Zeit zurücklieferten. Nicht selten kommt es vor, daß sich der Bibliothekar die Bücher selbst abholen muß, und daß ungeachtet der Ausrufe, die von Zeit zu Zeit in der „Volkswacht“ an die Säumnigen ergingen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schlesien.

Aus Schlesien schreibt man dem „Vorwärts“ u. a.: Der am 21. Januar d. J. verstorbene conservative Landtags-Abgeordnete Brauner ist nicht, wie die Zeitungen meldeten, am Schlagfluß gestorben, sondern hat sich erschossen. Kurz nach seinem Tode stellte sich heraus, daß er seit Jahren das Vertrauen der Behörden und seiner Mitbürger auf das schmachlichste getäuscht hatte und daß er zahllose Unterschlagungen an öffentlichen und privaten Geldern begangen hat, so daß viele Existenzen ganz, andere zum Theil zerstört sind. Er hat sich nicht geheut, Mündelgelder, Altersrenten armer Leute, Sparcassensbücher seiner Dienstboten zu unterschlagen. Ueber sein Vermögen ist der Concurs eröffnet und es sind viele hunderttausend Mark angemeldet, die nicht gedeckt werden können. Der Mann bedeckte zahllose Ehrenämter, war Kreisdeputirter und Taxator der Breslauer-, Brieger Fürstenthums-Landschaft, Amtsvorstand, Vorstand der Volkereigenossenschaft, der Wassergenossenschaft u. u. Unbegreiflich ist es, daß keine Behörde rechtzeitig hinter seine Schliche gekommen ist, er war eben ein Mann, der sich zu beugen und Krabsfüße zu machen wußte.

Unter den durch Brauner Geschädigten befindet sich z. B. der Bauer Tiede in Jacobsdorf, Kreis Namslau, welcher um 15,000 Mark, der Volkereidirector Dehmelt Namslau, welcher durch den Herrn Vorstand der Genossenschaft um 1500 Mark, dessen Vetter, der um 3000 Mark betrogen wurde.

Brauner hatte achtundzwanzig Ehrenämter auf seine Person zu vereinen verstanden und hatte dadurch die Leute so vertrauensselig gemacht, daß ihm viele ohne Schuld, in ihr erpartes Geld anvertrauten. Daß der Betrüger auch ein großer Kämpfer für Religion, Sitte und Ordnung war, verleiht sich am Ende

Solche Staatsflüchtler helfen auch bei uns dem Umsturz auf die Beine, socialdemokratischer Agitatoren bedarf es dazu nicht.

Januar, 27. Februar. Warnung. Der Unterzeichnete ersucht hiermit im Auftrage der hiesigen Parteigenossen, dem Cigarrenmacher Johann Kneifel aus Giersdorf bei Reife (er lebt auch an, aus Breslau zu sein) keine Unterstützung zu gewähren, da derselbe nur darauf ausgeht, die Genossen zu brandschlagen. Gewisse Anfragen wolle man richten an D. Stolz, Vertrauensmann.

Alle Gewerkschafts- und Parteiblätter werden um Abdruck ersucht.

Den hiesigen Abonnenten der „Volkswacht“ wird hierdurch bekannt gegeben, daß laut Beschluß der damit betrauten Commission der Abonnementsbetrag für die „Volkswacht“, so wie auch für Schriften, Hefte, Bücher u. s. w. — vom Sonntag, den 3. März, ab — zur Vermeidung von Resten, im Voraus zu entrichten. Die Abonnenten werden ersucht, sich nach diesem Beschluß zu richten.

H. Rieger.

F. Sagan, 27. Februar. Kein Geringerer als König Sumner ist es gewesen, der in einer der letzten Sitzungen sich zu der Behauptung verließ, daß die Arbeitslöhne eine Steigerung erfahren hätten. Hier in Sagan und Umgegend ist von einer solchen Steigerung nichts zu merken, wohl aber haben es die Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Gegend am eigenen Leibe spüren müssen, daß ihre Löhne fortwährend im Sinken begriffen sind und ihre Lebenshaltung eine immer schlechtere wird. Der durchschnittliche Tagelohn beträgt in der hiesigen Fabrik 1.50 Mark, d. h. für männliche Arbeiter bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit. Das ist doch wahrlich ein Hungerlohn zu nennen, der nicht im Entferntesten dazu hinreicht, ein Leben zu führen, wie es einem Menschen zukommt. Die Accordarbeiter in den mechnischen Webereien verdienen meistens nicht mehr wie 75 Pfennig bis 1 Mark bei 12, 13- und 14stündiger Arbeitszeit, während welcher sie außerordentlich mühsam sein müssen, wenn sie den angegebenen Lohn verdienen wollen. Die Arbeitszeit brauchte nach den Aussagen der Weber nicht so ausgedehnt zu werden, wenn man seitens des Unternehmers dafür sorgen würde, daß das zu verarbeitende Material immer pünktlich zur Stelle ist. So aber müssen die Arbeiter auf Karte oder Schuß oft viele Stunden, nicht selten tagelang warten. Beim Abwiegen des Garnes kommt es vor, daß 1 1/2 Stunden vergehen, ehe der Arbeiter abgefertigt wird, ja vielfach sind sie gezwungen, sich den Schuß aus einer anderen, derselben Firma gehörigen, 20 Minuten entfernt liegenden Fabrik, selbst zu holen. Der Anblick dieser Schlepperer ist oft zum Erbarmen. Die Kurich- und Reispferde des Herrn „Brotgebers“ stehen im Stalle, indes die armen Weber sich übermüht abzurufen haben, um nur ein paar Mark am Lohnstage zu erhalten. Kleine Fehler in der Arbeit müssen die Arbeiter mit Geldstrafe bis zu einer Mark büßen. — So stellt sich uns die Lage der hier beschäftigten Weber, zumal wenn man noch die häufig schlechte Behandlung in Betracht zieht, die ihnen zu Theil wird, als eine äußerst traurige dar. Die Sklaven des Alterthums waren ihnen gegenüber noch glücklicher, denn wenn auch verachtet und ohne Rechte, hatten sie doch wenigstens Brot. Sie brauchen nicht zu hungern wie die heutigen Lohnsklaven, deren Menschenwürde sonst vor dem Gesetz anerkannt wird. Aber auch die heutige Schuldklaverei wird und muß fallen und einer Gesellschaftsordnung weichen, in der jeder ehrliche Arbeiter die Früchte seines Fleißes würdevoll genießen können.

Obian, 27. Febr. Eine grauenhafte Blutthat ist in Hennesdorf hiesigen Kreises verübt worden. Der „Breslauer Zeitung“ wird hierüber berichtet: Als am Sonntag früh der bei einem dortigen Gutsbesitzer bedienstete Knecht Jos. Reiss vermißt wurde, drang man in dessen Schlaftube. Dort lag der Vermißte, mit Hemd und Unterhosen bekleidet neben seinem Bett auf dem Fußboden in seinem Blute

als Leiche. Eine nähere Besichtigung ergab zweifellos, daß Reiss das Opfer eines Tödtens geworden ist. Der Kopf des Unglücklichen war eingeschlagen und zeigte namentlich in der rechten Ohrgegend mehrere klaffende Wunden. Die Betten waren durcheinander geworfen und mit Blut bespritzt, ein Zeichen, daß die That verübt wurde, als Reiss im Bette lag. Auch die übrigen Sachen des Erschlagenen waren durchwühlt, so daß es den Anschein gewinnt, als ob der Mörder nach Geld gesucht hätte. Der Behörde wurde sofort Anzeige erstattet, doch konnte vom Thäter noch nichts ermittelt werden, zumal jeder Anhalt fehlt. Der Ermordete soll ein friedliebender Mann gewesen sein.

Kattowitz, 26. Februar. Ein netter Gemeindevorsteher. Bei dem Kaufmann Lichauer in Rosdzy wurden verschiedene Diebstähle ausgeführt. In Folge dessen wurde bei dem Kaufmann Löwe in Dombrowa in Oesterreich eine Hausdurchsuchung abgehalten, bei welcher für circa 100 Mark Waaren aus dem Geschäfte des Lichauer gefunden wurden. Da auch der dortige Gemeindevorsteher und der erste Schöffe der Behörde verdächtig waren, so wurden auch bei diesen Personen Hausdurchsuchungen abgehalten und nicht ohne Erfolg. Bei dem Gemeindevorsteher (1) sind u. A. zwei sehr neue langlädige Schüttendecken im Werte von 100 Mark und bei dem ersten Schöffen ebenfalls verschiedene Sachen gefunden worden, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Ein österreichischer Gendarm nahm daher, nach dem „D. A.“, ingleich die Gemeindevorsteher dem lauberen Schutz ab. Derselbe wurde auch sofort seines Amtes entsetzt. Bis jetzt sind fünfzehn Personen wegen Diebstahls und Hehlerei verhaftet und dem Sezirksgericht zu Jaworzno eingeliefert worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Febr. Zur Tabaksteuer-Vorlage schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ das Organ des „Bundes der Landwirthe“: Zu unserer Freude können wir mittheilen, daß die von uns bestrichene Erhöhung des Tabakzolles an Aussicht auf Annahme durch den Reichstag und Bundesrath gewinnt.

Wie der „Vorl. Ztg.“ gemeldet wird, ist das Abkündigungs-Gesetz des Kaisers v. Sadowe vom Kaiser genehmigt worden. Ueber seinen Nachfolger ist noch keine Bestimmung getroffen worden.

Zur Beratung des Staatsrathes schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Herr Bismarck, Staatsminister Dr. Delbrück, Graf Heddes-Dingeldey und v. Heden-Eden und Wurgauer des Staatsrathes geblieben, da sie schon vor der Ernennung zu Staatsrathen aus allerhöchstem Vertrauen zu Mitgliedern des Staatsrathes ernannt worden. Herr Bismarck ist also auch noch heute Vice-Präsident des Staatsrathes. Der Staatsrath besteht gegenwärtig aus 7 Abteilungen. Die zu beratende Abtheilung ist die Abtheilung II für Landwirtschaft, Domänen- und Forstverwaltung.

Nach der „Volkzeitung“ erachtet der Finanzminister als Grundgehalt in dem neuen Lehrerbildungsgebot den vom Kultusminister vorgezeichneten Betrag von 1100 Mark als zu hoch. Der Kultusminister aber wolle hier nachgeben, wenn er eine Vermehrung der Altersklassen von 5 auf 5 durchsetzen könne. An eine Vorlage in der laufenden Session sei nicht zu denken, da der Finanzminister erklärt, vor dem 1. Juni nicht überleben zu können, ob die Steuererhöhung den Betrag von 7, Millionen Mark, welchen der Staat zur Durchführung verlangt, zur Verfügung stellen. — Da werden die Lehrer eben wieder warten müssen, wie sie das nun schon seit langen Jahren thun. Neue Kriegsschiffe sind aus verschiedenen nothwendiger.

Hg. Conrad (Str.) hat nach der „Kreuzzeitung“ im Abgeordnetenhaus den Antrag eingeworfen, aus staatlichen Mitteln einen Fonds von 20 Millionen Mark zu bilden, um unter Leitung der Generalcommissionen die

Di. Inaige zu heben. — Das heißt also nichts anderes als mit Staatsmitteln den zur Deainage geeigneten Privatbesitz werthvoller zu machen.

Graf Caprivi, so behauptete neulich ein Berichterstatter, habe die Absicht, aus Verstimung über die Ungrnade, in die er beim Kaiser gefallen sei, eine längere Reise nach dem Süden zu unternehmen. Wie die „B. Z.“ mittheilt, ist diese Werbung erfunden. Graf Caprivi hat von Anfang an beabsichtigt, daß Frühjahr in Montreux zu verleben, und diesen Entschluß bisher nicht geändert. Im übrigen freut er sich der jetzigen Stille seines Daseins in größter Zufriedenheit und ist froh, keine Verantwortung mehr tragen zu müssen.

Das Blatt „Italia del Popolo“ hatte gemeldet, die deutsche Reichsregierung habe dem ehemaligen Minister Violitti bedeutet, er möge sich schleunigst jenseits der Reichsgrenze begeben. Diese Nachricht ist, wie die „Post“ hört, völlig unbegründet.

Lübeck, 28. Februar. Der Lübecker Journalistenverein beschloß einstimmig, eine Protestresolution gegen die Umsturzvorlage beim Reichstage einzureichen. Der Abgeordnete Gödt wurde gebeten, der Vorlage entgegenzuwirken.

Bremen, 28. Febr. Die Bürgerschaft lehnte den Senatsantrag über die Conversion der 31-procentigen Anleihen von 1873 und 1885, sowie über die Aufnahme einer neuen 3-procentigen Anleihe mit 52 gegen 48 Stimmen ab. — Das war gehandelt, wie man es von den hiesigen Pfaffen nicht anders erwarten durfte. Wie könnte man auch einer Zinsherabsetzung zustimmen?

Köln, 28. Febr. Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge ernannte Kaiser Nikolaus den bisherigen Botschafter in Wien, Fürsten Lobanow, zum Minister des Auswärtigen.

London, 28. Febr. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Chesoo: Die Japaner räumen die vorgeschobenen Stellungen bei Wei-hai-wei. King-hai wurde verlassen. Der größere Theil der japanischen Truppen ist nach Tsien-wan abgegangen.

Paris, 28. Febr. Die Zollcommission beschloß, Montag die Beratung der Zuderfragen zu beginnen. — Der Justizminister arbeitete einen neuen Spionagegesetzentwurf aus, welcher dem Kriegs- und Marineminister vorliegt. — „Les Debats“ schreiben über die Beteiligung Frankreichs an der Eröffnungsfest der Nordostsee-Canals: „Es werde, wie andere Mächte, einige Kriegsschiffe nach Kiel senden. Die Contrahierung einiger Zeitungen finden keinen Widerhall. Wir leben nicht mehr in der Zeit des Boulangismus. Die Regierung befolge stets die Regeln internationaler Höflichkeit. Majestät wünsche an demselben zu thun.“ Der „Gaulois“ schreibt: „Frankreich und Deutschland leben in Frieden. Deutschland konnte nicht anders, als uns einzuladen, und wir können nicht anders, als die Einladung anzunehmen.“

Petersburg, 28. Februar. Der amtliche „Regierungsbote“ veröffentlicht einen Bericht über die Studentenunruhen vom 20. Februar, der im Wesentlichen die frühere Meldung hierüber vom 22. d. Mtz. bestätigt und erkennen läßt, daß die Unruhen auch auf andere Straßen als den Newski-Prospect sich ausgedehnt haben, aber von der Polizei leicht unterdrückt worden sind. Die Verübter der Unruhen waren „betrunkene“ Studenten. — Wer's nicht glaubt, zahlt drei Mark!

Newyork, 28. Februar. Aus Sabanna wird gemeldet: Die Aufständischen in Bayamo und Vaire wünschen mit der Regierung zu verhandeln. Die Rebellen in Guantanamo fliehen vor dem Militär.

Washington, 28. Februar. Der Generalpostmeister Rineel ist von seinem Amte zurückgetreten.

Chicago, 28. Febr. Im hiesigen Fabrikviertel brach heute eine große Feuersbrunst aus. Während des Brandes entstand eine Panik unter 225 Kindern, die in einer Caramell-Fabrik beschäftigt waren. Drei Kinder wurden todt getreten und viele verletzt. — Bedauerlichwerthe Opfer der capitalistischen Ausbeutungssucht.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

In nachstehend verzeichneten Lokalen werden regelmäßig jeden **Sonntag Abend von 8 Uhr ab Vereinstheate** gegeben: **Kenzel**, Andersohnstraße 4, Restaurant „zur Eisenbahn“, Bräuerstraße **Klamer**, Kleine Scheidegasse 37, Café Hirschstraße **Billich**, Neumarkt 8 (3 Tanten), **Jansch** Brunnen, Feinstraße. Die am Sonntag im Vereinslokale stattfindenden Kaffeekränzchen werden ebenfalls besetzt.

Sonntag, den 2. März 1895:

Siftungs-Fest

des Verbandes der Sattler, Tapezire und verwandten Berufe im Clublokal „Concordia“, Margarethenstr. 17 bestehend in

Lanz-Kränzchen, Gesangs- und humoristischen Vorträgen.

Start 8 Uhr.

Herr incl. Danc 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.

Eintrittskarten sind zu haben in den Cigarren-Geschäften von **K. Ruff**, Neumarkt 12, Cigarren-Catharinenstr., und **Mauritiusplatz 3a**, **Hippauf**, Nicolaistraße 27, **Neumann**, Klosterstraße 35, und **Kawran**, Reiter, Mauritianstr., Café Margarethenstr.

Vereins-Kalender.

den 2. März: Kaffeekränzchen im „Jansch“ Brunnen, Feinstraße 3
Sonntag, den 2. März: Deutscher Metallarbeiter-Verband (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

berufsgenossen. — Kaffe im „Grünen Hirsch“, Obergasse 15. — Aufnahme neuer Mitglieder (Zahlstelle Breslau). — Abendsstraße Nr. 3. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Central-Gesänge des Vereins und Kassen-Mitglieder. — In der **Gold'schen** Saalabend in Kömmer's Lokal, Lehmgasse 15, den drei Tanten, Neumarkt 8, Sonntag 25. — Aufnahme neuer Mitglieder. **Metallarbeiter-Verband**, Zahlstelle im **Central-Kranken- und Sterbekasse** (Zahlstelle) Abends 8 Uhr: Kaffeekränzchen, Neumarkt 8, Sonntag 25. — Aufnahme neuer Mitglieder. **Central-Kranken- und Sterbekasse** (Zahlstelle) Abends 8 Uhr: Kaffeekränzchen, Neumarkt 8, Sonntag 25. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater. **Central-Kranken- und Sterbekasse der Metzger**, im Gastlokal verbunden mit dem **deutscher Metzger-Verband** (Klempner). Jeden zweiten Sonntag im Monat, Abends von 8 Uhr bis 10 Uhr: Mitglieder- und Vereinstheater.